

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1.50

Inhalt:

Siphphusarbeit oder positive Erfolge? VII	Seite 545
Gefahren und Verwaltung. Aus dem Jahresbericht der Badischen Fabrikinspektion über das Jahr 1908.	548
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. Von den amerikanischen Gewerkschaften.	551
Kongresse. Neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Allg. deutschen Gärtnervereins. — Aus der holländischen Gewerkschaftsbewegung	553
Lohnbewegungen und Streiks. Der Großstreik in Schweden	556

Arbeiterversicherung. Gemeinsame Erbschaftenkasse in	Seite 558
Arbeitslagen	558
Gewerbegerichtliches. Wahl in Hannover-Land	558
Polizei, Justiz, Zindgewerkschaften Versicherungsanstalten?	558
Kartelle und Sekretariate. Aus den örtlichen Kartellen. — Aus den Arbeitersekretariaten	559
Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge und eingegangene Unterstützungsgelder für Schweden. — Unterstützungsvereinigung	559

Siphphusarbeit oder positive Erfolge?

VII. Aus der Lohnstatistik des Holzarbeiterverbandes.

Ueber die Ergebnisse der Tätigkeit des Holzarbeiterverbandes zur Hebung der Lage der Arbeiter in der Holzindustrie erhalten wir vom Genossen Theodor Leipart folgenden Beitrag zu unserer Artikelserie „Siphphusarbeit oder positive Erfolge?“ Leipart schreibt:

Sollen wir im Ernst darüber Rechenschaft geben, ob die Gewerkschaftsbewegung auch wirklich eine tatsächliche Verbesserung der Lage der Arbeiter herbeiführen kann?

Zweifler hat es allerdings ja immer schon gegeben. Einmal die indifferenten Arbeitskollegen, die mit diesem Zweifel ihr Fernbleiben von der Organisation begründen möchten, dann aber auch gute Parteigenossen, die in radikalem Uebereifer verneinen, mit einem Satz voll Phrasen die Welt erobern zu können, mitleidig auf den Gewerkschaftsführer herabsehen und ihm zu verstehen geben: wie armselig ist doch deine Tätigkeit im Vergleich zu derjenigen, die ich in der Partei verrichte.

Höchst merkwürdig bei der Sache ist aber der Umstand, daß es in der Regel dieselben guten Parteigenossen sind, welche den Gewerkschaftsführern in Grund und Boden verdonnern, der bei einem Streik oder schon vor demselben zu „bremsen“ versucht. Dann ist es der böse Gewerkschaftler, welcher die Mitglieder hindern will, einen höheren Anteil an den Kulturgütern für sich zu erringen, während in solcher Situation der radikale Parteigenosse sich und den Kollegen Wunderdinge von dem Streik verspricht. Welcher Gewerkschaftsführer kann nicht ein Lied hiervon singen?

Nicht verkehrt am meisten das Armutzeugnis, das unseren Mitgliedern mit der Behauptung ausgestellt wird, daß eine eigentliche Verbesserung ihrer Lage mit der Gewerkschaftsbewegung nicht herbeigeführt werden könne.

Daß die Unternehmer diese Behauptung fortgesetzt wiederholen, daran haben wir uns gewöhnt. Sie handeln damit in ihrem kapitalistischen Interesse, wenn sie die Arbeiter von der Organi-

sation dadurch zurückzuhalten trachten, daß sie dieselbe als aussichtslos bezeichnen. Wenn also die Unternehmer unsere Gewerkschaftsmitglieder „dumm“ schelten dafür, daß sie ihre Beiträge an den Verband „wegwerfen“, so hört uns das längst nicht mehr.

Aber die Freunde im eigenen Lager sollten sich doch nicht eine Meinung über die jetzt nach Millionen zählende Schar der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu eigen machen, die wir bei den Gegnern nicht anders als pure Böswilligkeit auslegen können. Gerade die freundnachbarlichen Kritiker der Gewerkschaften lassen es doch sonst auch nicht gelten, daß die deutsche Arbeiterschaft etwa aus solchen Dummköpfen bestehe, die ihr wahres Interesse nicht zu erkennen vermögen. Man bleibe also in diesem Punkte konsequent und traue den Gewerkschaftsmitgliedern auch soviel Urteilsvermögen zu, daß sie die große Summe an Opfern und Mühen, an Maßregelungen und Drangsalierungen nicht für eine im Grunde genommen doch recht nutzlose Sache auf sich nehmen würden.

Genosse Kautsky beteuert uns, daß er himmelsweit davon entfernt sei, die Bedeutung der Gewerkschaften herabzusetzen. Aber er bestreitet, daß „die Gewerkschaften imstande sind, den Lohn der Arbeiter dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben, in einer Weise, daß der Mehrwert oder Profit dadurch immer mehr eingeengt und die Ausbeutung vermindert wird, wie das die Verfechter der Idee vom reformistischen Hineinwachsen in den Sozialismus ohne Revolution behaupten.“*) Der Satz umschreibt zweierlei Dinge, die aber nicht unbedingt zusammenfallen müssen, einmal: die Steigerung der Löhne und zweitens: die Verminderung der Ausbeutung.

Es ist nun aber keine Aufgabe der Gewerkschaften, die Endziele des Sozialismus zu verwirklichen. Wenn also die Gewerkschaften nicht imstande waren, die Ausbeutung der Arbeiter zu beseitigen, so kann ihnen daraus kein Vorwurf erwachsen. Daß sie eine relative Verminderung der Ausbeutung, und zwar eine ganz beträchtliche, schon erzielt haben, be-

*) „Neue Zeit“, Nr. 41.

streitet sicherlich kein Kenner der Verhältnisse. Ich verweise hier nur auf die gewaltige Verkürzung der Arbeitszeit, die wir zu erreichen vermocht haben. Zum Beispiel mußten im Jahre 1893 noch 37,7 Prozent der Holzarbeiter in Deutschland mehr als 60 Stunden die Woche arbeiten, im Jahre 1906 aber nur mehr 9,2 Prozent. Dafür hatten aber im Jahre 1906 bereits 36,6 Prozent der Holzarbeiter eine Arbeitszeit von 54 Stunden und darunter sich errungen, während es 1893 erst 3,8 Prozent waren.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat bisher vier umfassende statistische Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse veranstaltet. Danach hatten in den betreffenden Jahren von den in Frage kommenden Arbeitern eine wöchentliche Arbeitszeit von

	54 Stunden und darunter	mehr als 60 Stunden
1893	3,8 Proz.	37,7 Proz.
1897	13,5 "	23,4 "
1902	24,2 "	13,4 "
1906	36,6 "	9,2 "

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeit in der Holzindustrie im ganzen Reiche betrug in den vier Jahren

1893	1897	1902	1906
61,5	59,3	58,3	57,0 Stunden

Der Holzarbeiterverband hat also von 1893 bis 1906 die Arbeitszeit um $4\frac{1}{2}$ Stunden im Durchschnitt verkürzt und in einer großen Zahl von Städten geht dieser Erfolg noch weit über den Durchschnitt hinaus. Ganz abgesehen davon, daß gerade in den Jahren 1907 und 1908 noch eine weitere sehr umfangreiche Arbeitszeitverkürzung nachgefolgt ist.

Um auch einige Detailziffern anzuführen, lasse ich für eine Anzahl von Städten die durchschnittliche Arbeitszeit in den vier Erhebungsjahren und ihre prozentuale Verkürzung hier folgen:

	Durchschnittliche Arbeitszeit				Prozentuale Verkürzung			
	1893	1897	1902	1906	1893	1897	1902	1906
Königsberg i. Pr.	60,0	60,0	60,0	57,8	100,0	100,0	100,0	96,3
Stettin	60,0	58,6	59,4	58,4	100,0	97,6	99,0	97,3
Berlin	56,5	52,7	52,4	52,0	100,0	93,2	92,7	92,0
Dresden	59,4	58,4	57,0	55,8	100,0	98,3	95,5	93,9
Chemnitz	61,5	60,0	58,2	58,6	100,0	97,5	94,3	95,2
Leipzig	59,5	57,2	55,1	54,5	100,0	96,1	92,6	91,5
Braunschweig	59,0	58,0	57,6	58,2	100,0	98,3	97,6	98,6
Halle	60,0	59,8	58,9	58,3	100,0	99,6	98,1	97,1
Magdeburg	60,0	60,0	58,2	56,7	100,0	100,0	97,0	94,5
Hamburg	57,5	57,3	56,0	54,5	100,0	99,6	97,3	94,7
Ahtel	60,0	60,0	57,1	54,8	100,0	100,0	95,1	91,3
Cassel	60,0	56,6	58,7	56,4	100,0	94,3	97,8	94,0
Hannover	60,0	57,8	57,5	55,2	100,0	96,3	95,8	92,0
Nacher	63,0	62,3	58,3	58,1	100,0	98,8	92,5	92,2
Bochum	—	64,1	60,3	58,8	—	100,0	94,0	91,7
Eibersfeld	59,5	58,9	58,8	56,5	100,0	98,9	98,8	94,9
Röln	60,0	59,2	58,1	56,7	100,0	98,6	96,8	94,4
Franfurt a. M.	60,0	58,5	56,4	54,4	100,0	97,4	94,0	90,6
Wannheim	61,0	58,9	58,5	56,0	100,0	96,5	95,0	91,8
Wiesbaden	60,5	60,3	59,7	57,5	100,0	99,6	98,6	95,8
Nürnberg	60,0	57,1	57,9	56,3	100,0	95,1	96,5	93,8
München	61,0	60,0	56,3	54,0	100,0	98,3	92,2	88,5
Karlsruhe	62,0	59,7	58,3	57,8	100,0	96,2	94,0	93,2
Stuttgart	60,0	57,7	55,8	54,8	100,0	96,1	93,0	91,3

Nach alledem ist es sicher nicht zuviel gesagt, wenn ich für die Gewerkschaften in Anspruch nehme, daß sie die Ausbeutung der Arbeiter eingeschränkt haben.

Aber selbst wenn Kautsky recht hätte, daß den Gewerkschaften auch eine Verminderung der Ausbeutung nicht möglich sei, so schließt seine Behauptung ja trotzdem nicht aus, daß die Gewerkschaften den Lohn dauernd und ununterbrochen immer höher zu heben vermögen. Denn eine solche fortdauernde Lohnsteigerung wäre auch möglich, ohne daß der Mehrwert oder Profit dadurch absolut verringert wird.

Da es aber Hauptzweck der Gewerkschaften ist, die Löhne zu heben und die Arbeitsbedingungen allgemein immer zu verbessern, so wird hiernach die Kritik Kautskys an dem Wert der Gewerkschaften völlig gegenstandslos, weil die Beseitigung der Ausbeutung eben nicht der Zweck der Gewerkschaften ist.

Aber nach Kautsky vermehrt sich sogar die Ausbeutung der Arbeiter. Er ist der Meinung, daß die Erringung von Teilerfolgen immer schwieriger und seltener, der Fortschritt der Arbeiterklasse immer langsamer wird, indes die Ausbeutung des Proletariats zusehends wächst. Die Lage des Proletariats verschlechtert sich fortdauernd im Verhältnis zu derjenigen der Kapitalistenklasse. Die Teilerfolge und praktischen Errungenschaften des Proletariats vermehren wohl seine Kampffähigkeit und Kampfeslust, vermögen jedoch die relative Verschlechterung seiner Lage nicht aufzuhalten. Am wenigsten erwartet Kautsky weitere große Erfolge auf dem Gebiete des Arbeitslohnes. Die Geldlöhne zu steigern werde immer schwerer, während die Lebensmittelpreise rascher steigen als die Löhne. Die derzeitigen „unfänglich langsamen“ Fortschritte hält er in Wirklichkeit für eine Stagnation und er spricht von einer „trotzlosen Oede“ derselben. Ein völliger Stillstand allerdings sei unmöglich, als solchen will er seine Behauptung also auch nicht aufgestellt wissen. Gegen den Vorwurf, daß er durch seine Konstatierung der Stagnation der Arbeiterklasse Hoffnung und Tatkraft, Leidenschaft und Mut nimmt, sagt er, daß den Massen Hoffnung und Tatkraft weit eher verloren gehen, wenn man ihnen einredet: „es werde so wie in den letzten Jahren für Menschenalter hinaus weiter gehen.“

Vieles hiervon ist mir tatsächlich nicht verständlich. Verschlechtert sich nun eigentlich die Lage des Proletariats, oder nicht? Ja, sagt Kautsky, im Verhältnis zu derjenigen der Kapitalistenklasse! Stellen wir also als Beispiel auf, der Kapitalist habe seine Lage um 50 Prozent verbessert, der Arbeiter aber nur um 40 oder 30 Prozent; dann hat sich die Lage des Arbeiters trotz dieser Verbesserung um 30 oder 40 Prozent „im Verhältnis“ zu derjenigen des Kapitalisten „verschlechtert“. Das ist rechnerisch natürlich richtig, aber die Tatsache der effektiven Verbesserung der Arbeiterlage bleibt daneben doch auch bestehen, trotzdem sie durch den Hinweis auf die „relative Verschlechterung“ verdundelt wird. Er letztere wirklich „fortdauernd“ und „nicht aufzuhalten“ ist, will ich nicht weiter untersuchen, aber doch darauf verweisen, daß ja auch nach Kautskys Meinung die Zahl der Kapitalisten sich fortgesetzt verringert, während die Masse des Proletariats ebenso rapide anwächst. Diese tröstliche Tatsache bildet doch an sich für die Gesellschaft ein Korrektiv gegen die relative Verbesserung der Lage der Kapitalistenklasse gegenüber der langsameren Verbesserung der Arbeiterlage.

Wenn aber die Lebensmittelpreise rascher steigen als die Löhne, wie Kautsky weiter sagt, dann müßte man ja nicht bloß an eine „relative“, sondern vielmehr an eine absolute Verschlechterung der Arbeiterlage glauben. Entweder das eine oder das andere kann doch nur richtig sein.

Nun hat das „Correspondenzblatt“ in der Nr. 33 eine Berechnung der Lebensmittel-Preissteigerung von Calwer veröffentlicht, wonach diese Steigerung in den Jahren von 1895 bis 1908 insgesamt 27,4 Prozent beträgt. Den Ziffern Calwers

*) „Neue Zeit“, Nr. 37.

stelle ich jetzt die durch die schon erwähnten vier Erhebungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes ermittelten Löhne der Holzarbeiter gegenüber, wobei ich nur bedauern muß, daß diese Erhebungen nur bis in das Jahr 1906 reichen, also ebenso wie bei der Arbeitszeitverkürzung die seitdem erzielten weiteren Fortschritte nicht auch noch mit zur Geltung kommen lassen. Der Durchschnittslohn aller Holzarbeiter betrug in den einzelnen Jahren

	1893	1897	1902	1906
durchschnittlicher Wochenverdienst	18,69	19,96	21,79	25,18 M.
prozentuale Steigerung	100,0	106,8	116,6	134,7

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß einige schlechtgelohnten Berufe, z. B. auch die Korbmacher, sich erst in den späteren Jahren dem Holzarbeiterverband angeschlossen haben und somit die Durchschnittsziffer der letzten Jahre ungünstig beeinflussen. Nehmen wir deswegen die Tischler allein, so ist deren durchschnittlicher Wochenverdienst von 1893 bis 1906 prozentual gestiegen von 100,0 auf 139,7, derjenige der Drechsler auf 135,5, der Stellmacher auf 142,9. In jedem Falle eine durch unsere Lohnbewegung erzielte wesentlich höhere Steigerung des Lohnes als die von Calver festgestellte Preissteigerung der Lebensmittel. Die relative Verbesserung der Arbeiterlage durch die Gewerkschaft wäre damit auch für diejenigen erwiesen, die eines solchen Beweises noch bedürften.

Aber wir dürfen, wie schon richtig von anderer Seite betont worden ist, bei der Beurteilung der Lohnerböhung nicht die gleichzeitig herbeigeführte Arbeitszeitverkürzung vergessen. Auf die einzelne Arbeitsstunde verteilt, stellt sich die erzielte Lohnsteigerung bei den Holzarbeitern noch erheblich günstiger dar, nämlich so:

	1893	1897	1902	1906
durchschnittlicher Stundenverdienst	30,3	33,6	37,3	44,1 Pf.
prozentuale Steigerung	100,0	110,9	123,1	145,5

Die durch die Gewerkschaften bewirkte Verminderung der Ausbeutung, von der ich bei Behandlung der Arbeitszeitverkürzung sprach, erscheint hier in noch hellerem Licht: Die Ausbeutung dauert nur noch 57, anstatt 61½ Stunden die Woche und außerdem muß der Ausbeuter dem Ausgebeuteten anstatt 30 jetzt 44 Pf. die Stunde bezahlen.

I. Großstädte.

	Durchschnittlicher Wochenverdienst				Prozentuale Steigerung			
	1893	1897	1902	1906	1893	1897	1902	1906
Königsberg Pr.	15,45	17,70	18,21	25,12	100,0	114,5	117,8	162,6
Stettin	16,82	20,53	22,49	25,87	100,0	122,0	133,7	153,8
Berlin	22,04	24,07	26,59	32,53	100,0	109,2	120,6	147,6
Dresden	19,60	21,98	22,89	26,47	100,0	112,7	117,3	135,7
Chemnitz	17,95	19,48	19,55	24,16	100,0	108,5	108,9	134,6
Leipzig	19,69	22,41	24,72	27,58	100,0	113,8	120,5	140,0
Strasburg	19,30	20,72	22,--	25,74	100,0	107,4	113,9	133,4
Halle	18,78	20,98	22,34	24,97	100,0	111,7	118,9	132,9
Magdeburg	18,40	20,87	23,82	26,85	100,0	113,4	126,7	145,9
Hamburg	23,54	24,81	27,27	31,80	100,0	105,4	115,8	135,1
Hilf	22,38	22,71	24,36	30,27	100,0	101,5	117,8	136,2
Hannover	17,61	18,96	20,32	24,83	100,0	107,7	115,4	141,0
Köln	19,86	21,43	21,86	26,81	100,0	107,9	110,0	134,9
München	16,48	20,25	20,75	26,43	100,0	122,8	125,9	160,3
Bonn	21,04	20,86	22,17	29,40	100,0	99,1	105,3	139,7
Wiesbaden	20,13	21,64	22,99	26,08	100,0	107,5	114,2	129,5
Wien	21,06	22,29	27,80	29,60	100,0	105,8	132,0	140,5
Karlsruhe	21,74	22,27	25,74	29,31	100,0	102,4	118,4	134,8
Frankfurt a. M.	20,90	22,07	24,56	28,86	100,0	105,6	117,5	138,1
Stuttgart	19,12	19,42	23,62	26,48	100,0	101,6	123,5	138,5
Nürnberg	17,68	19,78	20,77	23,27	100,0	111,6	117,5	131,6
München	21,83	20,78	22,30	27,50	100,0	95,2	102,1	125,9
Hamburg	18,84	20,01	22,01	25,43	100,0	106,2	116,8	134,9
Stuttgart	19,68	21,63	23,01	26,12	100,0	109,9	116,9	132,7

II. Mittlere und kleine Städte.

	Durchschnittlicher Wochenverdienst				Prozentuale Steigerung			
	1893	1897	1902	1906	1893	1897	1902	1906
Colberg	12	12,41	16,28	21,26	100,0	103,4	135,6	177,1
Anklam	14,50	16,11	18,62	18,95	100,0	111,1	128,4	130,7
Güstrow	17,45	15,99	18,28	21,94	100,0	91,6	104,7	125,7
Rothsch	17,85	17,98	19,30	23,84	100,0	100,7	108,1	133,5
Schwerin i. M.	16,11	18,94	19,68	23,28	100,0	117,6	122,2	144,5
Freiburg i. Schl.	13,12	14,07	15,22	18,07	100,0	107,2	116,0	137,7
Görlitz	14,60	15,22	16,70	20,79	100,0	104,2	114,4	143,6
Riegnitz	14	16,35	16,60	18,90	100,0	116,8	118,5	135,0
Cottbus	16,17	18,56	19,50	22,48	100,0	114,8	120,6	139,0
Frankfurt a. C.	15,43	16,02	17,97	20,64	100,0	103,8	116,5	133,8
Waltersdorf	14,67	16,53	19,17	24,34	100,0	112,7	130,7	165,9
Guben	12,79	14,51	13,90	17,72	100,0	113,4	108,7	138,5
Neuruppin	12,92	14,63	16,04	17,65	100,0	113,2	124,1	136,5
Döbeln	14,37	15,69	16,50	20,20	100,0	109,2	114,8	140,6
Geringwalde	11,39	16,18	18,09	21,02	100,0	142,1	158,8	184,5
Reichen	18,10	19,24	21,32	22,37	100,0	107,3	117,8	123,6
Riesa	15,79	17,48	19,02	21,59	100,0	110,7	120,5	136,7
Riesa	13,95	17,33	16,51	19,11	100,0	124,2	118,4	137,0
Altenburg	14,88	16,38	18,41	21,14	100,0	110,1	123,7	142,1
Aue i. S.	12,51	16,02	16,05	19,32	100,0	128,1	128,3	154,4
Crimmitschau	16,10	17,07	17,25	19,60	100,0	106,0	107,1	121,7
Eilenburg	14,20	16,02	17,48	19,91	100,0	112,8	123,1	140,2
Oera	15,62	16,16	17,10	19,38	100,0	103,5	109,5	124,1
Jwidau	14,44	17,37	18,60	21,15	100,0	120,3	128,8	146,5
Bürgel i. Th.	12,99	15,70	18,65	22,96	100,0	120,9	143,6	176,8
Eisenach	15,03	16,58	18,39	22,43	100,0	110,3	122,4	149,2
Erfurt	16,59	18,76	20,55	23,44	100,0	113,1	123,9	141,3
Rühlau i. Th.	13,81	16,10	17,18	19,37	100,0	116,6	124,4	140,3
Hudonstadt	16,21	18,30	20,25	20,65	100,0	112,9	124,9	127,9
Bernburg	16,77	21,18	17,35	21,40	100,0	126,3	103,5	127,6
Göthen	17,15	18,17	18,25	22,71	100,0	105,9	106,4	132,4
Deffau	17,28	19,88	20,54	22,41	100,0	115,0	118,8	129,7
Goslar	14,70	16,74	17,40	20,88	100,0	113,1	117,6	141,1
Halberstadt	16,60	17,38	19,45	21,53	100,0	104,7	117,2	129,7
Tuedlinburg	14,76	15,56	16,80	20,32	100,0	105,4	113,8	137,7
Eutin	13,98	15,79	19	21,54	100,0	112,9	135,9	154,1
Flensburg	20,18	21,25	23,29	25,16	100,0	105,3	115,4	124,7
Sulzb.	18,47	16,63	21,94	25,03	100,0	90,0	118,8	135,5
Lübeck	19,32	21,36	23,12	25,09	100,0	110,0	119,7	129,9
Lüneburg	17,28	17,83	20,46	23,38	100,0	103,8	118,4	135,3
Neumünster	19,30	20,27	22,37	25,15	100,0	105,0	115,9	130,3
Lüdenburg	17,38	18,86	19,62	23,45	100,0	108,5	112,9	134,9
Barel	15,10	16,75	17,70	20,73	100,0	110,9	117,2	137,3
Wietfeld	17,96	19,27	20,55	24,34	100,0	107,3	114,4	135,5
Göttingen	15,77	15,93	19,02	20,76	100,0	101,0	120,6	131,6
Hildesheim	16,92	16,92	19,11	22,39	100,0	105,4	113,8	132,3
Eintracht	15,70	17,03	19,53	23,68	100,0	108,5	112,9	132,3
Hierode a. S.	13,33	14,64	16,26	18,32	100,0	109,8	122,0	137,4
Hagen	19,38	21,57	28,06	27,69	100,0	111,3	119,0	142,9
Nierlohn	17,45	19,03	21,61	23,38	100,0	109,1	123,8	134,0
Elblitz	21	20,96	23,25	25,81	100,0	99,8	110,7	122,9
Ziegen	17,60	19,58	24,04	24,45	100,0	111,2	136,6	138,9
Söllingen	21,84	21,91	24,36	27,30	100,0	100,3	111,5	125,0
Wieschen	16,76	16,66	18,70	20,01	100,0	99,4	111,6	119,4
Heidelberg	18,02	18,83	20,42	22,74	100,0	104,5	113,3	124,2
Kaiserslautern	16,62	17,66	18,76	21,03	100,0	106,3	112,9	126,5
Ludwigshafen	16,64	20,50	22,87	27,41	100,0	123,2	137,4	164,7
Rainz	20,06	18,21	22,56	25,95	100,0	90,8	112,5	129,4
Neustadt a. d. S.	16,82	17,46	19,53	22,44	100,0	103,8	116,1	133,4
Saarbrücken	20	20,61	22,06	26,36	100,0	103,0	110,3	131,8
Trier	17,93	19,86	20,02	22,08	100,0	110,8	111,7	122,9
Erlangen	14,77	16,37	17,28	18,66	100,0	110,8	117,0	126,3
Rürth	16,91	20,06	19,21	23,29	100,0	118,6	113,6	137,7
Hof	13,57	14,43	17,84	20,04	100,0	106,3	131,5	147,7
Würgzburg	17,96	18,21	18,29	21,51	100,0	101,4	101,8	119,8
Ingolstadt	15,13	15,26	15,54	18,86	100,0	100,9	102,7	124,7
Mempten	16,43	15,52	16,47	21,89	100,0	94,4	100,2	125,6
Landshut	15,88	15,35	15,71	18,71	100,0	96,6	98,9	117,8
Ehlinggen	19,04	18,85	19,22	22,96	100,0	99,0	100,9	120,6
Freiburg i. B.	17,76	20,05	19,76	24,47	100,0	112,9	111,3	137,8
Heilbronn	19,24	20,16	21,80	24,89	100,0	104,8	113,3	129,4
Stonitz	19,16	19,59	19,23	23,33	100,0	102,2	100,4	121,8
Forstheim	16,74	18,88	19,91	23,62	100,0	112,8	118,9	141,4
Ulm	17,44	18,18	18,84	23,01	100,0	104,2	108,0	131,9

Ich habe in der beigefügten Städtetabelle eine Reihe große, mittlere und kleine Städte aus allen Teilen des Reiches aufgeführt, um den Lesern auch die Unterschiede in den einzelnen Orten und Gegenden zu zeigen. In den Großstädten ist die Lohnsteigerung fast durchweg eine höhere als der Gesamtdurchschnitt, aber auch in den mittleren und kleinen Orten können unsere Erfolge sich sehen lassen, wie ein Blick auf die letzte Spalte der Tabelle

jedem zeigt. Das Jahr 1893 zu 100 angefaßt, stieg bis 1906 der durchschnittliche Wochenverdienst

	bis 120 in 3 Städten	
über 120 "	130 "	24 "
" 130 "	140 "	42 "
" 140 "	150 "	18 "
	über 150 "	11 "

Nun mag man meinetwegen mit Kautsky diese Verbesserungen als „unsäglich langsame“ Fortschritte bezeichnen, darüber können wir uns trösten mit dem Bewußtsein, daß ja die ganze Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von jeher auf unsäglich langsamem Fortschritten beruht hat. In bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Fortschritte in früheren Zeiten sicherlich ganz erheblich geringer als in den letzten zwei Jahrzehnten, seitdem die Arbeiter selbst durch ihre Gewerkschaften Einfluß auf dieselben gewonnen haben. Man stelle doch einmal in Gedanken die Arbeiter jener früheren Zeit in ihrer äußeren Erscheinung, ihrer Kleidung, ihren Bedürfnissen usw. in Vergleich zu der heutigen organisierten Arbeiterschaft, wer dann noch von einer Verschlechterung der Arbeiterlage redet, nun, dem ist nicht zu helfen.

Selbstverständlich können wir noch lange nicht zufriedener sein, sind wir noch lange nicht am Ziel unserer Wünsche gelangt. Im Gegenteil, aber es sind ja auch erst wenige Jahre vergangen seit der eigentlichen Erstarkung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und nicht der geringste Grund liegt vor, an der Möglichkeit zu zweifeln, die seitherigen Erfolge auch den jetzt noch unorganisierten Arbeitermassen zu verschaffen und weitere Fortschritte für die Gesamtheit zu erringen.

Denn es ist durchaus unrichtig, wenn Kautsky in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ von den Gewerkschaften behauptet, sie würden von den Unternehmern „allenthalben in die Defensive gedrängt“. Mancher Unternehmer glaubt das allerdings, oder tut doch so. Auch die Leute von der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ behaupten es in ihrem blinden Haß gegen die Centralverbände. Aber wahr ist es nicht. Nur ganz oberflächliche Beobachter, die an dem früher vielfach in unserer Lohnbewegung üblichen Draufgängertum ihre besondere Freude gehabt haben mögen, können aus der veränderten heutigen Taktik der Gewerkschaften eine solche falsche Meinung gewinnen.

Man sehe sich folgende Lohnerhöhungen an, die der Deutsche Holzarbeiterverband zumeist durch langwierige Verhandlungen zwar, also ohne schweren Kampf, erst im laufenden Jahre wieder durchzusetzen vermocht hat: Gelsenkirchen 6 Pf. pro Stunde, Herne 6 Pf., Dortmund 5 Pf., Lübeck (Stellmacher) 3 Pf., Würzburg 3 Pf., Hagen 6 Pf., Reddinghausen 5½ Pf., Kamenz 2—3 Pf., Nürnberg 5 Pf., Schneidemühl 8 Pf., Essen 5 Pf., Bochum 5 Pf., Gladbeck 5 Pf., Brieg 4 Pf., Hirschberg i. Schl. 3 Pf., Fürstenwalde 5 Pf., Cottbus 2 bis 5 Pf., Stade 6 Pf., Erlangen 3 Pf., Karlsruhe 5 Pf. Das ist nur ein Teil der Städte, die in diesem Jahre bisher eine Lohnbewegung geführt haben, und zu den angeführten Lohnerhöhungen kommen in allen Städten noch Arbeitszeitverkürzung und andere Verbesserungen hinzu. Und dies alles trotz der Krisenzeit! Sieht das etwa aus, als wenn wir uns in der „Defensive“ befänden?

Für durchaus anfechtbar halte ich für meinen Teil auch den Satz von Kautsky, daß „die Zeiten

der Ueberproduktion die Gewerkschaften weit mehr schwächen als die Unternehmerorganisationen“.*)

Durch die Erfahrungen in der letzten Krisis wird diese Behauptung nicht gestützt. Wenigstens haben wir im Deutschen Holzarbeiterverband die meines Erachtens wohl begründete Meinung, daß unsere Gewerkschaft durch die Krisis weit weniger geschwächt worden ist als die Organisation der Unternehmer in der Holzindustrie. Ich könnte hierfür eine ganze Reihe von Tatsachen außer den schon angeführten vorbringen, doch würde mich das zu weit führen. Aber einen anderen Punkt möchte ich hier noch berühren.

Ganz unrichtig ist es nämlich auch, wenn Kautsky meint, daß die Organisation der Arbeiter im Gegensatz zu der der Unternehmer immer mehr erschwert wird. Für die Erleichterung der Organisation der Unternehmer führt Kautsky die Tatsache an, daß die Zahl der Betriebe immer mehr abnimmt, indes die der Arbeiter wächst.

Die Vergrößerung der Betriebe erschwert aber keineswegs die Organisation der Arbeiter, sondern erleichtert sie. Im Kleinhandwerk, wo die Arbeiter einzeln oder in geringer Zahl zusammenarbeiten, sind die Erfolge unserer Agitation, die hier an sich viel schwieriger ist, noch immer geringer gewesen als da, wo die Kollegen nicht in Dutzenden von Werkstätten zerstreut, sondern nur in einigen wenigen Großbetrieben beschäftigt sind. Hier ist auch die Möglichkeit viel größer, die einmal gewonnenen Mitglieder zu halten, weil die Kontrolle und die gegenseitige Aufmunterung leichter gegeben ist. Was also Kautsky als ein Hemmnis ansieht, ist in Wirklichkeit ein Vorteil für die Ausbreitung der Gewerkschaften und damit auch für die Stärkung ihres Einflusses und ihrer Macht.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Aus dem Jahresbericht der Badischen Fabrikinspektion über das Jahr 1908.

Unkenntnis der Bürgermeiner auf dem Lande in Sachen des gesetzlichen Arbeiterschutzes. — Günstige Erfolge der Gewerkschaften durch die Festsetzung eines höheren Lohnes für Sonntagsarbeit. — Vergleich der Löhne der Lohnarbeiter im Jahre 1900 und 1908. — Zunahme in der Zahl der ungelerten Arbeiter. — Höhere Löhne. — Mehr Frauen.

Auch der neueste Bericht enthält eine Menge von Mitteilungen, die die Beachtung der Arbeiter verdienen. Ganz besonders hervorgehoben muß zunächst die Tatsache werden, daß in den kleinen Gemeinden die Bürgermeister oft nicht genügend über ihre Pflichten in bezug auf die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes unterrichtet sind und deshalb mehr schaden als nützen. In einer Buchdruckerei mit Motorbetrieb trafen die Gewerbeaufsichtsbeamten einen schulpflichtigen Knaben, der mit einer kleinen Handpresse Briefumschläge bedruckte. Der Knabe, der später das Buchdruckergerwerbe erlernen sollte, war in dieser Weise täglich einige Stunden beschäftigt worden. Der Bürgermeister hatte dem Knaben eine Arbeitskarte ausgestellt. Deshalb glaubte der Arbeitgeber, daß er das Kind be-

*) „Neue Zeit“, Nr. 37.

schäftigen könne. Die Gewerbeaufsichtsbeamten veranlaßten, daß die Karte eingezogen und der Bürgermeister über die geltenden Schutzbestimmungen für Kinder belehrt wurde. — In mehreren Zigarrenfabriken eines Dorfes mit ausgedehnter Zigarrenindustrie wurden im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen schulpflichtige Kinder beschäftigt. Auch ihnen hatte das Bürgermeisterramt Arbeitsbücher ausgestellt, obgleich das nicht hätte geschehen dürfen. Dasselbe Bürgermeisterramt hatte schon in früheren Jahren gegen die gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. Die damals erfolgte Belehrung hatte aber nicht den notwendigen Erfolg. — Einen weiteren Verstoß gegen die Schutzvorschriften ermittelten die Beamten in einer kleinen Blumenfabrik, die mit einem Fußgeschäft verbunden ist. Hier wurde ein schulpflichtiges Mädchen mit Ausstragen von Waren und zu gelegentlicher Hilfe beim Blumenmachen verwendet. Auch diesem Kinde war vom Bürgermeisterramt eine Arbeitskarte ausgestellt worden. Derartige Fälle zeigen, wie notwendig es ist, daß sich die Gewerkschaften immer mehr um die Durchführung der Arbeiterschutzvorschriften bekümmern.

Dazu spornen die guten Erfolge an, die die Gewerkschaften in der Durchführung der Sonntagsruhe erreicht haben. Als sehr wirksam hat sich erwiesen, daß die Gewerkschaften die Festsetzung eines höheren Arbeitslohnes für Sonntagsarbeit erzwingen. Hierüber heißt es in dem Bericht: Günstig auf die Beseitigung der Sonntagsarbeit wirken die Lohnzuschläge, die in den Tarifverträgen festgesetzt sind und bis zu 100 Proz. des Tagelohnes betragen. Rascher als es durch Maßnahmen der Gesetzgebung hätte erreicht werden können, haben auf diesem Wege die Arbeitgeber sich dazu verstehen müssen, von der früher üblichen Sonntagsarbeit abzugehen. Der Satz, daß, wo Zwang vorliegt, sich auch die Mittel finden, stimmt völlig mit der Beobachtung überein, daß technische Wege zur Beseitigung der Sonntagsarbeit gefunden und eingeschlagen wurden, die noch vor kurzem als durchaus ungangbar bezeichnet worden waren. Wenn auf irgend einem Gebiete, so ist die Arbeitergewerkschaft ihren Organisationen darin zu Dank verpflichtet, daß diese ihnen arbeitsfreie Sonntage verschafft haben. Zu den Betrieben, die mit am längsten an der Sonntagsarbeit festhielten, zumal soweit hier Monatslöhne üblich sind, gehören die Bierbrauereien. Alles, was hier bis jetzt als Sonntagsarbeiten, die angeblich unbedingt notwendig und deshalb auch nach der Gewerbeordnung zulässig waren, galt, konnte ohne besondere Schwierigkeiten unterbleiben. Auch Papierfabriken, chemische Fabriken u. a. haben Arbeitsprozesse an Sonntagen unterbrochen, von deren Durchführung früher die technische und wirtschaftliche Existenz als abhängig betrachtet wurde.

Von großem Interesse ist das Ergebnis einer Lohnerhebung, die die Beamten in 4 Uhrenfabriken vorgenommen haben. Die Löhne in der Uhrenindustrie sind schon einmal im Jahre 1900 festgestellt worden. Daher konnten die Verhältnisse in diesem und in dem letzten Jahre miteinander verglichen werden. Die Zahl der Arbeiter ist insgesamt um ein Drittel

von 436

auf 580

gestiegen. Diese Steigerung ergibt sich

1. aus einer Verdoppelung des Aufsichtspersonals von 12 auf 24,
2. einer Verfünffachung der ungelerten männlichen Arbeiter von 20 auf 101,
3. einer starken Vermehrung des weiblichen und jugendlichen Personals von 69 auf 118.

Die Zahl der gelernten Arbeiter ist ungefähr gleichgeblieben, teilweise sogar (Metalldreher) erheblich zurückgegangen. Nur die Zahlen für die Fertigmacher sind gestiegen: Uhrmacher und Montrolleure von 132 auf 146,

Schleifer und Polierer von 4 auf 17.

Wenn wir von dem Aufsichtspersonal absehen, haben wir

im Jahre 1900

335 gelernte Arbeiter,

89 ungelerte Arbeiter,

im Jahre 1908

337 gelernte Arbeiter,

219 ungelerte Arbeiter.

Die Zahlen zeigen, daß durch eine straffere Betriebsorganisation, wahrscheinlich auch durch die ausgedehntere Verwendung automatisch oder teilweise automatisch arbeitender Maschinen die Verwendung billiger Arbeitskräfte in immer weiterem Umfange ermöglicht worden ist.

Die Löhne aller Arbeiterkategorien sind in der Zeit von 1900 bis 1908 gestiegen

für die Arbeiterinnen

von 8,38 M.

auf 10,78 M. pro Woche = 29,8 Proz.

für die Männer

von 17,70 M.

auf 21,86 M. pro Woche = 23,5 Proz.

Die Lohnerhöhungen der gelernten Arbeiter sind mit wenigen Ausnahmen absolut und prozentual größer als die Lohnerhöhungen der ungelerten Arbeiter.

Der durchschnittliche Wochenverdienst sämtlicher Arbeiter ist gestiegen

von 16,39 M.

auf 20,08 M. = 22,51 Proz.

Daß die prozentuale Zunahme für die Gesamtarbeiterschaft niedriger ist als für jede der beiden Gruppen, erklärt sich daraus, daß die Zahl der niedrig entlohten Frauen viel stärker zugenommen hat als die Zahl der Männer.

Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch in anderen Industriezweigen. Und die wirtschaftliche Krise wirkt hier noch verschärfend. Als die charakteristischen Merkmale des Berichtsjahres hebt der Berichterstatter hervor: Verdienstausfall infolge von Betriebseinschränkungen und zum Teil von Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit, überhaupt Unberechenbarkeit und Unsicherheit der Existenzbedingungen und dabei Verteuerung der Lebenshaltung. Die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre ist um nicht weniger als 6212 zurückgegangen. Dagegen weist die Zahl der beschäftigten Kinder unter 16 Jahren eine Zunahme von 203 und die Zahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre eine Zunahme von 617 auf. Es

wiederholt sich hier die Beobachtung, daß vor allem in solchen Industrien, in denen Mann und Frau bei der Arbeit in Konkurrenz stehen, z. B. in der Textilindustrie, von wirtschaftlichen Krisen zunächst die besser gelohnten erwachsenen männlichen Arbeiter betroffen worden, und daß das natürliche Streben der Arbeitgeber auf Verbilligung der Betriebskosten zur tunlichsten Verbeibehaltung und Einstellung der minder hoch bezahlten Arbeitskräfte, das sind Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, drängt.

Eine andere Folge der wirtschaftlichen Krise ist, daß an vielen Orten die aus der Schule entlassene Jugend sich wieder häufiger den handwerksmäßigen Berufen zuwendet. Der Vorgang ist natürlich; das verminderte Bedürfnis nach Arbeitern in Fabriken macht die Neueinstellung von ungelernten Kräften, insbesondere von jugendlichen Arbeitern, entbehrlich; die Betriebe sehen lediglich darauf, sich einen festen Arbeiterstamm zu erhalten. Somit ist die Möglichkeit zum Unterkommen bei sofortiger Bezahlung für die aus der Schule entlassene Jugend gegenwärtig viel geringer, als zu Zeiten von Arbeitermangel. Es ringt sich aber auch bei den Eltern die Erkenntnis durch, daß die Unterbringung der Kinder in angelernten Berufen, z. B. als Tagelöhner in Fabriken, zwar den augenblicklichen Vorteil besitzt, in den Genuß sofortiger Bezahlung zu treten, daß aber ein wirtschaftliches Emporsteigen und eine gesicherte Existenz bei industriellen Krisen nicht zu erwarten ist, da bei diesen die ungelerten Arbeiter zuerst brotlos werden. Endlich haben sich die Arbeitsbedingungen auch im Handwerk in den letzten Jahren wesentlich verbessert, für die Eltern insbesondere nach der Richtung, daß die Bezahlung von Lehrgeld nicht mehr üblich ist; für die Lehrlinge, indem bei größerer persönlicher Selbstständigkeit die tägliche Arbeitszeit geregelter und damit die Arbeit leichter geworden ist. Das in den letzten Jahren zu geringe Angebot von Lehrlingen ist einem Ueberangebot ge-

Darunter scheint aber die Ausbildung der Lehrlinge sehr zu leiden. Denn es heißt in dem Bericht weiter: Das vermehrte Angebot von Lehrlingen hat die nachteilige Wirkung gehabt, daß im Handwerk das Verhältnis in der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Gesellen sich ungünstig verschob. Die Lehrlingszüchterei, die fast nur im Kleingewerbe ihren Boden findet, hat wieder erheblich zugenommen. Je mehr Lehrlinge in den Kleinbetrieben ausgebildet werden, um so notwendiger ist eine genaue Kontrolle darüber, daß die Lehrlinge auch wirklich das lernen, was sie in ihrem Gewerbe wissen müssen.

Auch auf eine richtige Behandlung der jugendlichen Arbeiter in den Fabriken muß mehr Wert gelegt werden. Die große Spinnerei und Weberei Lauffenmühle hatte immer große Not, ihre zahlreichen jugendlichen Arbeiter während der Pausen aus den Arbeitsräumen herauszubringen. Seit einiger Zeit wendet sie folgendes nachahmenswerte Mittel mit großem Erfolg an: Sobald die Dampfpeife den Beginn der Pausen anzeigt, geht die Tür der sonst verschlossenen, neuen, sauber eingerichteten Kantine auf, und die Jugendlichen finden auf einem großen Tisch je ein Viertelliter warme Milch und ein Stück Brot, beides von der Firma unentgeltlich gestellt. Nach Ablauf einer Viertelstunde gibt der Kantinenwirt das Zeichen zum Aufbruch, und die Schar begibt sich für den Rest der Pause ins Freie zum Spiel. Nur bei schlechtem Wetter halten sich

die jungen Leute während der ganzen Pause in den Räumen der Kantine auf. Geistige Getränke werden an die Jugendlichen während dieser Zeit nicht verabfolgt, worauf die Direktion mit Strenge hält.

Selbstverständlich dürfen wir aber auch die Fürsorge für die Arbeiter in der Hausindustrie nicht vergessen. Hieran mahnen uns die Vorgänge in der Pforzheimer Bijouterieindustrie. Den Filialbetrieben, die von den Bijouteriefabrikanten in Pforzheim während der letzten Jahre in ländlichen Gemeinden eingerichtet wurden, sind weitere gefolgt. Es läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit beurteilen — bemerkt dazu der Berichterstatter —, ob diese Erscheinung gerade erwünscht ist. Vielsach genügen nämlich die gewählten Arbeitsräume nicht den hygienischen Anforderungen, und es lassen die Arbeitsbedingungen im allgemeinen zu wünschen übrig. In einer Landgemeinde des Amtsbezirks Pforzheim wurden z. B. zwei Bijouteriebetriebe angetroffen, die wegen zu dichter Besetzung der Arbeitsräume zu Beanstandungen Anlaß gaben. Es handelte sich um Anlagen, in denen erwachsene männliche Arbeiter und Lehrlinge unter einem mitarbeitenden Aufseher im Zeitlohn tätig waren. Die Auflage, die Arbeiterzahl in den Räumen zu beschränken, führte zu Gegenvorstellungen der Arbeiter, die den Aufenthalt in den engen Lokalitäten und die Mißlichkeiten des Störens mit Benzin dem Wohnen in der Stadt oder der täglichen Zurücklegung eines weiten Weges vuzogen. Sie behaupteten, sie seien Heimarbeiter, und die Gewerbeordnung gelte deshalb nicht für sie. Die Angelegenheit wurde schließlich in der Weise geregelt, daß die Lehrlinge in den Hauptbetrieben in der Stadt Unterkommen fanden, und daß die Gewerbeaufsichtsbehörde, nachdem auf diese Weise für die, die in erster Linie des Schutzes bedürftig sind, gesorgt war, auf der weiteren Durchführung der Auflage nicht bestand. — Uns will diese „Knebelung“ nicht einleuchten. Auch in den Betrieben auf dem Lande ist für genügend Licht und Luft zu sorgen. Hoffentlich werden recht bald die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf die Hausindustrie ausgedehnt, dann können um so leichter und schneller in derartigen Fällen die nötigen Schutzmaßnahmen durchgesetzt werden.

Erfreulich ist es, daß sich der Berichterstatter gegen die Geldstrafen wendet, die manche Arbeitgeber sich noch immer gegen ihre Arbeiter erlauben. Er hebt hervor, daß der größere Teil der Betriebe gerade die fortgeschrittenen, ohne Geldstrafe auskommen. In den übrigen Fällen dienen die Strafbestimmungen meist nur als Drohungs- oder Warnungsmittel. Ausgiebige Strafanwendung ist vereinzelte und findet sich fast immer nur in kleinen Betrieben oder da, wo die Betriebsleiter nicht auf einer höheren sozialen Stufe stehen. In den Arbeitsordnungen, die zum ersten Male eingereicht worden sind, findet sich noch immer auffallend oft die Bestimmung, daß Arbeitern, die durch ihr Verhalten Grund zur Entlassung ohne Kündigung geben, auch noch der Betrag eines durchschnittlichen Wochenverdienstes abgezogen wird. Es hält meist, klagt der Berichterstatter, recht schwer, die Arbeitgeber davon zu überzeugen, wie unbillig es ist, die Arbeiter nicht allein durch die kündigungslöse Entlassung, sondern auch weiterhin noch durch den Verlust des Lohnes zu bestrafen. Die Zigarrenfabriken haben in ihren Arbeitsordnungen fast durchweg Strafbestimmungen vorgesehen, die zum Teil recht ausführlich behandelt sind. Die Betriebe des Oberlandes machen indessen vom Recht der Geldstrafen-

Verhängung so gut wie keinen Gebrauch. Ein Teil der Fabrikarbeiter, in deren Händen gewöhnlich, besonders in den Filialbetrieben, die Befugnis zur Verhängung der Strafen liegt, äußerte sich dahin, daß sie vollständig ohne Strafen auskämen; einige verwarfen das System der Geldstrafen ausdrücklich; es waren dies gerade Meister der bestgeordneten Betriebe. Die Meinung anderer Meister ging dahin: beim heutigen Konkurrenzkampf in der Zigarrenindustrie und bei der großen Nachfrage nach Arbeitskräften vermeide man besser alles, was geeignet sei, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber zu trüben; deshalb sehe man auch lieber von Bestrafungen ab. — Auch in anderen Industriezweigen wird von Strafverhängungen nicht mehr so ausgiebig Gebrauch gemacht als früher. Vielfach haben die Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Frage nach dem Strafenverzeichnis die Antwort bekommen, daß Strafen nie oder schon seit langer Zeit nicht mehr verhängt werden. Jedoch haben die Beamten aber auch noch Betriebe gefunden, in denen die Strafen eine ziemliche Höhe erreichten. Deshalb muß es die Aufgabe der Gewerkschaften sein, mit diesem Mißstande endlich selbst in dem letzten Betriebe aufzuräumen.

Schließlich sei auch aus diesem Berichte wieder die Klage über außerordentlich lange Arbeitszeiten erwachsener männlicher Arbeiter angeführt. Solche Arbeitszeiten haben die Beamten in den mit Wasser betriebenen elektrischen Kraftzentralen verschiedener größerer Fabriken des Oberlandes gefunden. Wenn auch die zu verrichtende Arbeit nicht körperlich anstrengend ist, so dehnt sie sich doch regelmäßig bis zu 18 Stunden aus und bleibt aus diesem Grunde nicht ohne nachteiligen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiter. In einem Betrieb z. B. machte der beschäftigte Arbeiter schon um 6 Uhr abends einen erschöpften Eindruck. Die Anregungen der Beamten, daß diese übermäßig lange Arbeitszeiten beseitigt werden, stoßen fast immer auf den schärfsten Widerstand der Fabrikanten. „Eine gesetzliche Handhabe zum Einschreiten ist nicht gegeben“, mit diesem Stoßseufzer schließt der Berichtserfasser den Abschnitt seines Berichts: die denkbar schärfste Verurteilung unserer ganz ungenügenden Arbeiterchutzgesetzgebung.

Danau a. M.

Gustav Hoch.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Fleischer zählte am Schlusse des zweiten Quartals 3011 Mitglieder. Das Verbandsvermögen betrug 13 029,70 Mk., davon 224,52 Mk. Bestand der Ortskassen. Von den Ausgaben im ersten Halbjahre entfielen auf Erwerbslosenunterstützung 4170 Mk., auf Lohnbewegungen und Streiks 7125,32 Mk.

Die Nr. 24 der „Friseurgehilfenzeitung“ vom 25. August ist aus Anlaß des 20jährigen Jubiläums des Verbandes der Friseurgehilfen als Festnummer erschienen. Das Blatt enthält eine Reihe interessanter Beiträge aus der Zeit der Anfänge der centralistischen Organisationsversuche der deutschen Friseurgehilfen, die so recht die Schwierigkeiten aufdecken, mit denen diese Berufsgruppe beim Aufbau ihrer Organisation zu kämpfen gehabt hat. Diese

Schwierigkeiten sind auch heute noch nicht überwunden, obgleich schließlich vieles durch die zwanzigjährige Arbeit besser geworden ist.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Gastwirtsgehilfen betrug am Schlusse des zweiten Quartals 6855. Das Verbandsvermögen bezifferte sich auf 76 833,21 Mk., davon 11 328,16 Mk. in den Lokalkassen.

Die Arbeitsvermittlung des gleichen Verbandes wurde im zweiten Quartal reger in Anspruch genommen. Vermittelt wurden 1325 Stellen für fest und 23 994 Aushilfestellen. Die üblichen Gebühren der gewerbsmäßigen Stellenvermittler für die obige Arbeitsvermittlung würden mindestens 20 833 Mk. betragen haben.

Der Kupfererzschmiedeverband hat soeben einen „Reisetarif“, insbesondere für die Zweigvereine und Zahlstellen, aber auch für die Mitglieder des Verbandes herausgegeben. In alphabetischer Reihenfolge sind die Städte zusammengeführt, in denen die Reiseunterstützung ausbezahlt wird, unter Angabe der Sätze, die je nach der Reiseroute in jeder einzelnen der angeführten Städte zur Auszahlung gelangen.

Der Maurerverband hat wieder einen seiner besten Kämpfer verloren. Am 29. August starb in Wandsbek der zweite Vorsitzende des Verbandes, Johannes Efstinge, im Alter von 46 Jahren. Seit Mitte der 80er Jahre war Efstinge in Wandsbek ansässig, wo er sowohl in der politischen als in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Hamburgs und Umgegend eine unermüdete Tätigkeit entfaltet hat. Die Wandsbeker Arbeiterschaft betraute ihn u. a. mit einem Mandat zum Stadtverordnetenkollegium, in welcher Tätigkeit er die Hochachtung auch der Gegner gewann.

Ganz besonders aber wiegt die Arbeit, die Efstinge in seiner Berufsorganisation, dem Centralverband der Maurer, geleistet hat. Schon Mitte der 80er Jahre schloß er sich dem Maurer-Fachverein in Wandsbek an, im Jahre 1889 vertrat er seine Kollegen auf dem Kongress in Halle, der ihn mit dem Amt eines Revisors der „Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands“ betraute. An der Gründung des Verbandes nahm Efstinge ebenfalls teil und 1897 wählte ihn der Magdeburger Verbandstag zum zweiten Vorsitzenden des Verbandes. Dieses Amt hat er bis zu seinem Tode mit größter Pflichttreue versehen.

In der „Sattlerzeitung“ wird soeben die Schlussabrechnung des zum Sattlerverbande am 1. Juli übergetretenen Verbandes der Portefeuller veröffentlicht. Die Mitgliederzahl betrug am Tage des Uebertritts 3363, darunter 401 weibliche. Nach Deckung aller Unkosten betrug das Verbandsvermögen am Schlusse des Quartals 161 059,11 Mk., die dem gemeinsamen Verbande der Sattler und Portefeuller zugeführt wurden. In den Lokalkassen befanden sich am Tage des Uebertritts Bestände von zirka 19 000 Mk.

Der Verband der Sattler zählte am Schlusse des zweiten Quartals 6692 Mitglieder, davon 246 weibliche. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung in den Verwaltungsstellen beliefen sich auf rund 12 000 Mk. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug 233 166,91 Mk.

Die Mitgliederzahl des Schneiderverbandes betrug am Schlusse des zweiten Quartals 38 467.

Der Steinsekerverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 10 131 Mitglieder. Für Streikunterstützung wurden im ersten Halbjahr 42 390,83 Mk. verausgabt. Die Krankenunterstützung erforderte im gleichen Zeitraum eine Ausgabe von 11 277,60 Mk. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug 151 958,36 Mk.

Von den amerikanischen Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ist im Jahre 1908 auf ungefähr der gleichen Höhe geblieben wie 1907; wo Verluste eintraten waren sie meist gering. Das gilt auch vom Zigarrenmacherverband (Cigar Makers' International Union of America), der Ende 1907 47 953 und Ende 1908 47 120 Mitglieder hatte. Bei den Zigarrenmachern verhindert unter anderem das Unterstützungsweesen große Schwankungen der Mitgliederzahl; sie gaben für Unterstützungen in den beiden letzten Jahren die folgenden Summen aus: Streikunterstützung 1907 22 644,68 Dollar, 1908 32 423,39 Dollar (auf ein Mitglied 1907 52 Cent, 1908 78 Cent), Krankenunterstützung 1907 173 505,67 Dollar, 1908 184 755,69 Dollar (auf ein Mitglied 1907 3,73 Dollar, 1908 4,03 Dollar), Invaliden- und Ablebensunterstützung 1907 207 558,87 Dollar, 1908 220 979,71 Dollar (auf ein Mitglied 1907 4,33 Dollar, 1908 4,69 Dollar), Arbeitslosenunterstützung 1907 19 497,50 Dollar, 1908 101 483,50 Dollar (auf ein Mitglied 1907 47 Cent, 1908 2,51 Dollar), Reisedarlehen 1907 50 063,86 Dollar, 1908 46 613,44 Dollar. Die Ausgaben für Unterstützungen überhaupt, ohne Reisedarlehen, betragen auf ein Mitglied 1907 9,05 Dollar, 1908 12,01 Dollar; die Erhöhung beläuft sich auf ein Drittel. — Die Einnahmen des Verbandes aus allen Quellen machten 1908 828 498,87 Dollar aus; davon kamen auf Beitrittsgebühren 12 623 Dollar, auf Beiträge 676 425,15 Dollar, auf Zinsen 17 831,96 Dollar, auf Strafen 2963,89 Dollar usw. Die Gesamtausgaben erreichten die Höhe von 897 843,97 Dollar, sie waren um 69 345,10 Dollar höher als die Einnahmen.

Von den Mitgliedern des Buchbinderverbandes (International Brotherhood of Bookbinders) haben nun 98 Proz. den Achtstundentag. Die größte Unternehmung, bei der der Streik noch andauert, ist die Firma Werner in Akron, Staat Ohio. Dem Verband gehört nur eine Minderheit der Arbeiter dieses Berufes an; die Minderheit war jedoch imstande, den Achtstundentag zu erringen, der außerdem vielen Unorganisierten zugute kommt.

Die Gewerkschaften der Lithographen, Steindrucker und Photomechaniker haben sich im vorigen Jahre für die Verschmelzung zu einem Verbands entschieden; aber die Verschmelzung ist bis jetzt bedauerlicherweise nicht durchgeführt worden.

In den Monaten Juni und Juli d. J. fanden Verbandstage folgender amerikanischer Gewerkschaften in den benannten Orten statt: Pattern Makers' League of America (Modellmacher) zu Toronto, Canada; International Association of Steam and Hot Water Fitters (Dampf- und Heißwasserinstallateure) zu Milwaukee; International Association of Marble Workers (Marmorarbeiter) zu Washington; International Printing Pressmen and Assistants Union (Buchdruckmaschinenmeister und Hilfsarbeiter) zu Omaha; Boot and Shoe Workers' Union (Schuhmacher) zu Syracuse, Staat New York; International Union of Pavers, Ram-

mermen etc. (Pflasterer usw.) zu Philadelphia; International Broom and Whisk Makers Union (Besenbinder) zu Milwaukee; Glass Bottle Blowers' Association (Glasflaschenbläser) zu Milwaukee; International Jewelry Workers' Union of America (Juweliere) zu Chicago; International Longshoremen's Association (Hafenarbeiter) zu Galveston, Texas; International Alliance of Theatrical Stage Employees (Bühnenarbeiter) zu Springfield, Ohio; Wire Weavers' Protective Association (Drahtweber) zu Newark, New-Jersey; International Steel and Copper Plate Printers' Union (Stahl- und Kupferdrucker) zu Philadelphia; Retail Clerks' International Protective Association (Einhandlungsgehilfen) zu Louisville, Kentucky; National Brotherhood of Operative Potters (Keramiker) zu Atlantic City. — Im Monat August traten noch Verbandstage nachstehender Gewerkschaften zusammen: Amalgamated Sheet Metal Workers' International Alliance (Spengler) am 2. August zu Denver, Colorado; Journeymen Tailors' Union of America (Schneider) am 2. August zu Buffalo, Staat New York; International Glove Workers' Union of America (Handschuhmacher) am 3. August zu Detroit; International Typographical Union (Schriftsetzer) am 9. August zu St. Joseph, Staat Missouri; Shirt, Waist and Laundry Workers' International Union (Wäschearbeiter usw.) am 10. August zu Indianapolis; International Stereotypers and Electrotypers' Union (Sterotypen- und Galvanisierer) am 12. August zu Kansas City, Staat Missouri; Metal Polishers, Buffers, Platers etc. (Metallpolierer, -Drucker und -Plattierer) am 16. August zu Boston. Im Monat September tagen International Brotherhood of Woodmen and Saw Mill Employees (Forst- und Sägewerksarbeiter) am 6. September zu Eureka, Humb. Co., Kalifornien; National Federation of Post Office Clerks am 6. September zu St. Louis; International Photo-Engravers Union (Photomechaniker) am 7. September zu Milwaukee; International Spinners' Union (Spinner) am 9. September zu Boston; Wood, Wire and Metal Lathers' International Union (Gittermacher) am 13. September zu Boston; International Association of Machinists (Maschinenbauer) am 13. September zu Denver; International Hodcarriers and Building Laborers' Union (Rathilfsarbeiter) am 13. September zu Elmira, Staat New York; International Brick, Tile and Terracotta Workers' Alliance (Ziegelarbeiter) am 13. September zu Chicago; American Brotherhood of Cement Workers (Zementarbeiter) am 14. September zu Denver; International Association of Bridge and Structural Iron Workers (Brücken- und Eisenkonstruktionsarbeiter) am 20. September zu Minneapolis.

Im Bundesstaat Connecticut waren im Jahre 1908 494 gewerkschaftliche Organisationen vorhanden, darunter neun Staatsverbände und 485 Ortsvereine, von denen weitaus die meisten den Zentralverbänden der betreffenden Berufe angehörten. Die Organisationen verteilten sich auf 53 verschiedene Orte innerhalb des Staates; 1900 bestanden in 39 Orten 270 Organisationen. Die Mitgliederzahl ist im Berichte des staatlichen arbeitsstatistischen Amtes für 1907 bis 1908, dem diese Mitteilung entnommen ist, nicht angegeben.

Im Staat Massachusetts berichteten Ende März 1909 777 gewerkschaftliche Ortsvereine mit 105 059 Mitgliedern an das Arbeitsamt, gegen 770

Vereine mit 102 941 Mitgliedern zu Ende des Jahres 1908; von den Mitgliedern waren arbeitslos:

Begen	Ende Dezember 1908		Ende März 1909	
	überhpt.	Proz.	überhpt.	Proz.
Arbeits- oder Material- mangel	11 302	11,0	9 980	9,5
Ungünstigen Wetters	554	0,5	138	0,1
Arbeitskämpfen	705	0,7	172	0,2
Arbeitsunfähigkeit	1 254	1,2	1 354	1,3
Anderer Ursachen	530	0,5	353	0,3
Aller Ursachen	14 345	13,9	11 997	11,4

Auch im letzten Vierteljahr (April bis Juni 1909) ist der Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern in Massachusetts zurückgegangen; ebenso in New York, für welchen Staat die Zahlen demnächst veröffentlicht werden. In den übrigen Staaten werden solche Erhebungen nicht gepflogen.

Der Hutmacherverband hat einen Sieg über die Hutfabrikanten in Danbury (Connecticut) errungen, wo der Kampf gegen die Organisation ausbrach, der noch keineswegs beendet ist. Verbandsschreiber Lawlor schrieb über die Situation: „Während der Friedensschluß mit 21 Hutfabriken in Connecticut eine große Entlastung in finanzieller und von großem Wert in moralischer Beziehung ist, ist unser Kampf doch noch lange nicht zu Ende. Es stehen uns noch immer ungefähr 50 Hutfabrikanten feindlich gegenüber und wir sind entschlossen, gegen sie den Kampf noch schärfer als bisher weiter zu führen, bis der letzte von ihnen sich dazu bequemt, die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen einzuhalten und unsere Gewerkschaftsmarke zu gebrauchen.“

Innerhalb des Amerikanischen Arbeiterbundes ist ein „Label Trades Department“ gebildet worden, dem jene Verbände angeschlossen sind, die Gewerkschaftsmarken besitzen und mit ihnen die Ausbreitung und Festigung der Organisation erstreben. Das neue Department soll die Agitation für die Gewerkschaftsmarken erleichtern, vereinfachen und verbilligen, und es hat in der Hinsicht eine recht schwierige Aufgabe zu lösen. — Die anderen „Departements“, die innerhalb des Arbeiterbundes bestehen, sind die Verbände der Gewerkschaften 1. der Bauarbeiter, 2. der Metallarbeiter und 3. der Eisenbahnarbeiter. Das Label Trades Department verfolgt im allgemeinen dasselbe Ziel wie diese drei: Mehr Einigkeit und Einmütigkeit, unter Wahrung der Eigenarten des amerikanischen Gewerkschaftswesens.

In der jüngsten Zeit haben die amerikanischen Gewerkschaften zwei ihrer bewährten Führer durch den Tod verloren: Max Morris, den Generalsekretär und Schatzmeister des Handlungsgehilfenverbandes, sowie Frank A. Foster (Schriftleiter), den Präsidenten des Staatsverbandes der Gewerkschaften von Massachusetts. Beide standen seit sieben Jahren im Dienst der Gewerkschaftsbewegung, der sie all ihre reichen Fähigkeiten gewidmet haben.

F.

Kongresse.

Neunte (außerordentliche) Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Berlin, 12.—14. August.

Die außerordentliche Generalversammlung hat sich notwendig gemacht infolge der durch die Krise eingetretenen erhöhten Anspannung der finanziellen Kräfte der Organisation, der ein entsprechender Zugang an Mitgliedern nicht gegenübersteht, außerdem durch den Uebertritt des Vorsitzenden Schmidt zur Landarbeiterorganisation. Das Jahr 1908 weist gegen das Vorjahr im Durchschnitt einen Mitgliederzuzug um 152 (von 4952 auf 4800) auf; im 2. Quartal 1909 ist dagegen schon wieder ein Zugang auf 5033 zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse in der zweijährigen Geschäftsperiode betragen 143 689 Mk., die Gesamtausgaben 134 609 Mk. Von der Ausgabe entfallen u. a. auf das Sachorgan 25 763 Mk., auf Arbeitslosenunterstützung 22 533 Mk., auf Reiseunterstützung 2698 Mk., auf Krankenunterstützung 1121 Mk., auf Notfalls- und Umzugsunterstützung 1620 Mk., auf Agitation 10 315 Mk., auf Lohnbewegungen und Streiks 7733 Mk., auf Gehälter 11 865 Mk., auf Druckfachen 3188 Mk., auf Redaktionszuzug 2407 Mk.

Die Fluktuation der Mitglieder ist noch außerordentlich stark, die Zahl der alten Mitglieder sehr gering. Trotzdem ist es gelungen, selbst am Tage der „christlichen“ Organisation so erhebliche Fortschritte zu machen, daß die letztere fast zur Einfluslosigkeit verurteilt ist.

Lohnbewegungen und Streiks fanden im Jahre 1908 9 mit 504 Beteiligten, im Jahre 1909 2 Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellungen und 2 Angriffsstreiks mit zusammen 262 Beteiligten statt. Erzielt wurde bei den Bewegungen in beiden Jahren: Arbeitszeitverfugung für 419 Personen zusammen 2227 Stunden pro Woche, Lohnhöhung für 694 Personen zusammen 1327 Mk. pro Woche. Gegen das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber hat der Verband auch in den letzten zwei Jahren einen energischen Kampf geführt, teilweise mit Erfolg. Im allgemeinen ist die Zahl der Lohnkämpfe in den beiden letzten Jahren geringer gewesen als in den Vorjahren.

Gegen die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung ist aus Mitgliederkreisen, besonders aus Hamburg, Protest erhoben worden.

Bemerkenswert sei, daß die Sitzungen „alkoholfrei“ tagen und der Vorstand den Saal (des Berliner Gewerkschaftshauses) gegen Entgelt gemietet hat.

In der mündlichen Ergänzung des Berichtes durch den Vorsitzenden Schmidt kritisiert derselbe vielfach stark das unerquickliche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Beamten der Organisation: Die Auffassung, die bei ersteren vielfach über ihr Verhältnis als „Arbeitgeber“ vorhanden ist, sei zu bedauern und ein Wandel notwendig. Besonders wendet sich der Redner gegen die Hamburger Mitgliedschaft. Die Revisoren berichten, daß sie jeberzeit alles in bester Ordnung gefunden haben. Aus dem Bericht des Ausschusses ergibt sich, daß derselbe in wichtigen Fragen mit dem Vorstande konform gegangen ist. Die meisten Beschwerden gegen den Hauptvorstand, deren Anzahl an sich überhaupt nicht erheblich war, hat der Ausschuß abweisen müssen.

Der Vertreter des Verbandes der Gemeindearbeiter, Niedel, erklärte, daß sein Verbandsvorstand jederzeit bereit sei, in eine Prüfung einzutreten, wo es sich um etwaige Verstöße gegen den Kartellvertrag handelt. Für ihn sei der Kartellvertrag maßgebend.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks spricht Haucke-Leipzig. Derselbe unterzieht die Beratungen der letzten beiden Jahre einer kritischen Betrachtung und empfiehlt, es in dieser Hinsicht bei den vor zwei Jahren beschlossenen Leitfäden zu belassen. Nur soll als Mindestforderung die zehnstündige Arbeitszeit gefordert werden, während bisher als Mindestforderung die elfstündige Arbeitszeit galt.

Sodann referiert Jansson über „Beitragsfrage und Unterstützungen“. Die vom Vorstande vorgeschlagene Regelung der Beitragsfrage, die in der Hauptsache eine Erhöhung des Grundbeitrags von 35 auf 40 Pf. vorsieht, soll hauptsächlich den Zweck haben, dem Verbandsgrößere Mittel für wirtschaftliche Kämpfe zur Verfügung zu stellen. Eine Herabsetzung der Unterstützungsätze zu diesem Zweck, wie sie auch angeregt worden, sei nicht empfehlenswert; nur in der Dauer der Bezugsberechtigung glaubt Redner eine kleine Einschränkung eintreten lassen zu sollen. Busch-Hamburg begründet einen Kompromißantrag, der die bisherigen Beitragsätze beibehält, dafür aber eine Herabsetzung der Unterstützungsätze, insbesondere der Arbeitslosenunterstützung, vorsieht, gegen die sich der Referent besonders scharf ausgesprochen hatte. Der Kompromißantrag gelangt zur Annahme. Danach wird die Beitragspflicht wie folgt geregelt:

Es werden drei Beitragsklassen eingeführt: Klasse 1 mit einem Grundbeitrag von 30 Pf., für Gutsärtner, rüchständige Lohngebiete und Binderinnen; Klasse 2 mit einem Grundbeitrag von 35 Pf. und Klasse 3 mit einem Grundbeitrag von 40 Pf. pro Woche. Letzterer kann durch Beschluß des Hauptverbandes im Einverständnis mit den Bezirksvorständen und dem Ausschuß für den ganzen Bezirk einer Verwaltung oder für bestimmte Branchen obligatorisch eingeführt werden.

Die Unterstützungsätze werden wie folgt festgesetzt:

An der Beitragsklasse I, 30 Pf. pro Woche, wird an Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung gewährt:				
Nach einer Beitragsleistung von Wochen	Dauer der Bezugszeit Tage	Summe pro Tag Mt.	Summe pro Woche Mt.	Summe pro Jahr Mt.
52	21	0,60	4,20	12,60
104	25	0,60	4,20	16,80
156	35	0,70	4,90	24,50
208	35	1,—	7,—	35,—

An Gutsärtner werden die in Klasse I genannten Sätze als Unzulagsunterstützung gezahlt, an Binderinnen als Krankenunterstützung.

Klasse II (35 Pfennig)				
Nach Leistung von Wochenbeiträgen	Auf die Dauer von Tagen	Summe pro Tag Mt.	Summe pro Woche Mt.	Summe pro Jahr Mt.
52	20	0,80	5,60	16,—
104	30	0,80	5,60	24,—
156	40	1,—	7,—	40,—
208	50	1,—	7,—	50,—
260	50	1,20	8,40	60,—

Klasse III (40 Pfennig)				
Nach Leistung von Wochenbeiträgen	Auf die Dauer von Tagen	Summe pro Tag Mt.	Summe pro Woche Mt.	Summe pro Jahr Mt.
52	20	1,—	7,—	20,—
104	30	1,—	7,—	30,—
156	40	1,20	8,40	48,—
208	50	1,20	8,40	60,—
260	50	1,40	9,80	70,—

Der Abrechnungsmodus der örtlichen Verwaltungen mit der Hauptkasse bleibt derselbe für die nächste Geschäftsperiode. Von den Marken der Klasse III fließt das Mehr von 5 Pf. voll in die Hauptkasse.

Die Streikunterstützung beträgt in Klasse 1 Ledige 6 Mt., Verheiratete 9 Mt.

" 2 " 9 " " 11 "

" 3 " 10 " " 12 "

dazu die bisherigen Sätze für die Kinder.

Ueber „Die Forderungen der Gärtner an die sozialpolitische Gesetzgebung“ unterbreitet der Referent Albrecht-Berlin eine Reihe von Leitfäden, die die zurzeit brennendsten Fragen auf diesem Gebiete behandeln. Diese Leitfäden gipfeln in nachstehender Resolution:

„Die Generalversammlung hält es im Hinblick auf die reaktionären, arbeiterfeindlichen Bestrebungen eines faartraditionellen Unternehmertums in Gewerbe, Handwerk, Handel, Industrie und Landwirtschaft und angesichts der erfahrungsgemäßen leichten Zugänglichkeit der Regierung in erteilten Dingen, sowie im Hinblick auf gewisse, jenem Unternehmertum verbündeten und dienstbereiten Parteien — für ihre Pflicht, die stollegen aufmerksam zu machen, daß sie auf allen Gebieten der sozialen Gesetzgebung ständig von schweren Gefahren umgeben sind. Nicht bloß, daß durch die genannten Faktoren und Umstände die Weiterbildung der sozialen Gesetzgebung in arbeiterfreundlichem Sinne zurückgehalten wird, besteht sogar vielfach die ernste Gefahr einer Verschlechterung. Das Arbeitsrecht sowohl als auch der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung sind in gleichem Maße jenen Angriffen ausgesetzt.“

Die Generalversammlung ruft darum das gesamte Arbeitspersonal in den Gärtnerei- und den Blumengeschäftsbetrieben dazu auf, diesen Dingen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und den Willen für den allgemeinen sozialpolitischen Fortschritt dadurch mit Entschiedenheit zu betonen, daß es sich in der für ihn zuständigen Organisation, dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, zusammenschließt.“

Außerdem behandelt der Referent auch die „Reichsversicherungsordnung“, Arbeitsstatuten und die Versicherung der Privatangestellten im Sinne der hierzu bereits vorliegenden Beschlüsse des Gewerkschafts- und Krankentagungs Kongresses und der verschiedenen schon früher stattgefundenen Tagungen anderer Zentralverbände.

Ueber die internationale Organisation berichtet Awasnik-Berlin. Derselbe gibt einleitend ein Bild vom Stande der Organisation in den einzelnen Ländern, soweit darüber Material zu erhalten war, was nur in beschränktem Maße der Fall ist. Mit dem Anwachsen der Großbetriebe in der Gärtnerei ist auch die Organisation auf internationaler Grundlage eine Notwendigkeit geworden, die durch die ziemlich starke Wanderlust der jungen Berufsangehörigen noch erhöht wird. Bei den deutschen Lohnbewegungen hat sich im allgemeinen gezeigt, daß die ausländischen Kollegen die Pflichten der Solidarität in erfreulichem Maße begriffen haben. Redner bezieht sich auf die diesbezüglichen Beschlüsse der Dresdener Generalversammlung. Ein Antrag Kofstod gibt die Einberufung einer internationalen Gärtnerkonferenz anheim. Der Vertreter der schweizerischen Organisation vertritt einen Antrag derselben betreffs Errichtung eines internationalen Informationsbureaus in Süddeutschland. Der Referent sowohl wie auch einzelne Diskussionsredner betonen, daß sich die Einberufung von Zusammenkünften der Ausländer sehr gut bewährt hat. Der österreichische Vertreter, Pavlik, konstatiert, daß von einer wirklichen und tatkräftigen Organisation der Gärtner bis jetzt nur in Deutschland die Rede sein kann. Redner fordert Unterstützung im Kampfe gegen den übertriebenen Nationalismus der tschechischen Or-

In der Diskussion über den Geschäftsbericht werden die Ausführungen des Vorsitzenden betreffs des „Arbeitgeber“standpunktes der Mitglieder teilweise als übertrieben dargestellt. Besonders wendet sich der Hamburger Delegierte Kluf gegen den Vorwurf, daß in Hamburg eine „Beamtenbeze“ getrieben worden sei. Ueberhaupt tritt in der Debatte ein scharfer Gegensatz zwischen der Hamburger Mitgliedschaft und dem Hauptvorstand zutage, der sich zum Teil in schroffe persönliche Angriffe zuspitzt. Andere Redner geben der Auffassung Ausdruck, den Ausschuß nach Hamburg zu verlegen, weil das das beste Mittel sei, Hamburg als heutigen Träger der Opposition in die gegenteilige Position zu versetzen. Durch die mancherlei schroffen Polemiken in der Fachzeitung sei das Organisationsleben geschädigt worden. Der Vertreter der schweizerischen Bruderverorganisation führt namens derselben Beschwerde, daß sich die zureisenden deutschen Berufsangehörigen nicht der schweizerischen Organisation anschließen, vielfach aus Berufsstolz, weil die letztere, und zwar in der Hauptsache, die Arbeiter der Nahrungs- und Genussmittelindustrie umfaßt. Selbst als Streikbrecher sind die Zugereisten aufgetreten. Der Redner wünscht dringend ein engeres Zusammenarbeiten zwischen beiden Organisationen. In der weiteren Diskussion wird bestritten, daß für alle unerfreulichen Erscheinungen die Krise verantwortlich zu machen sei. Dagegen spreche die gänzlich verschiedene Entwicklung der verschiedenen Bezirke; in denselben schwankt die Beitragszahlung zwischen 94 Proz. Mehreinnahme bis herab zu 17 Proz. Mindereinnahme gegenüber der vorigen Geschäftsperiode. Er liegt also auch vielfach an der Leitung in den einzelnen Bezirken, wenn es nicht vorwärts gehe. Die finanzielle Lage des Gesamtverbandes hätte viel früher schon zur allgemeinen Kenntnis und Diskussion gebracht werden müssen. Einige Redner wenden sich auch gegen die Hamburger Protestaktion. Dieselbe habe den größten Schaden verursacht. Andere Hauptvorstandsmitglieder wenden sich energisch gegen die Angriffe der Opposition. Soweit sich die letztere gegen die Einberufung der diesmaligen Generalversammlung richte, werde dieselbe widerlegt durch die Tatsache, daß noch zu keiner Generalversammlung soviel auf den Ausbau der Organisation bezügliche Anträge vorgelegen haben als zu dieser. In der Diskussion kommt auch zum Ausdruck, daß die neue Steuerbelastung die Gärtner geradezu zwingt, in den nächsten Jahren eine ganz intensive Tätigkeit für die Erhöhung der Löhne zu entfalten. Dem Hauptvorstand wird Decharge erteilt. Derselbe wird weiter beauftragt, periodisch ein Verzeichnis der wegen Vereinschädigung ausgeschlossenen Mitglieder herauszugeben. Mit großer Mehrheit wird ferner beschlossen, den Ausschuß von Dresden nach Hamburg zu verlegen.

Ueber die *Fachpresse* referiert der Redakteur *Albrecht*. Auf dem Gebiete der Fachbildung war ein gewisser Mangel an Mitarbeit vorhanden. Strenge Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Berichterstattung sei nötig. Beschlossen wird, dem Redakteur mehr Gelegenheit zu geben, in direkte Fühlung mit den Berufsverhältnissen und -angehörigen treten zu können.

Eine Anzahl Anträge, die zur Erzielung von Ersparnissen inhaltlich oder ausstattungs-technisch eine Einschränkung des Fachorgans verlangen, werden abgelehnt. In der Debatte wird auch mehrfach Bezug genommen auf den bekannten Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und die Stellungnahme

des Fachorgans zu demselben; die meisten Redner billigen die letztere.

Die Generalversammlung bewilligt sodann den schwedischen Arbeitern 500 Mk. Unterstützung. Es folgen mehrere Referate über Agitation und Organisation. Ueber „Allgemeines“ spricht Busch-Hamburg, über „Herrschaftsgärtnerei“ referiert Löcher-Berlin, über „Stadtgärtnerei“ Kaiser-Frankfurt a. M. Der zweite Referent empfiehlt u. a., den Privatgärtnern das Recht einzuräumen, die Beitragsklasse, zu der sie zahlen wollen, selbst bestimmen zu können, da diese Berufsangehörigen manche Unterstützungseinrichtungen der Organisation nicht benutzen.

Ueber die Stadtgärtnereien führt der Referent aus, daß dieselben, obwohl im allgemeinen noch jüngeren Datums, doch schon einen hohen Grad der Entwicklung erreicht haben. In denselben sind zurzeit schon Zehntausende von Berufsangehörigen beschäftigt. Redner streift in seinen Darlegungen die künstlerischen, hygienischen und sozialen Aufgaben der Stadtgartenkunst. Was die wirtschaftliche Lage der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter anbelangt, so sind dieselben allgemein noch weit entfernt davon, Musterbetriebe in sozialer Hinsicht zu sein. Redner führt amtliches Material aus 60 verschiedenen Kommunen als Beweis für seine Ausführungen ins Feld. Sowohl die Arbeitszeit als auch die Entlohnung lassen zu wünschen übrig. Vielfach sind die Löhne in der Landschaftsgärtnerei höher als in der Stadtgärtnerei. Betreffs der Arbeiterentlassungen in den Wintermonaten verfährt man in den kommunalen Betrieben zum Teil fast noch rigorosier als in den Privatbetrieben. Der Redner beleuchtet auch eingehend die sozialen „Wohlfahrts-einrichtungen“ der Städte, insbesondere der Stadt Frankfurt a. M., die vielfach nur auf dem Papier stehen, und behandelt auch die Frage der Organisationszuständigkeit der Stadtgärtnereiarbeiter, die vom Gemeindegewerksverband beansprucht werden. Demgegenüber müsse daran festgehalten werden, daß der Gärtnerberuf als Ganzes aufgefaßt werden und deshalb jede organisatorische Zerspaltung der Arbeiter zurückgewiesen werde im Interesse der Gesamtarbeiterchaft. Vielleicht empfiehlt sich die Einsetzung einer besonderen Kommission, die die Verhältnisse der Stadtgärtner usw. besonders zu studieren und zu bearbeiten hat. Der Kartellvertrag mit dem Gemeindegewerksverband sei nicht bestimmt und klar genug. An mehreren Stellen ist der Vertrag vom Gemeindegewerksverband direkt gebrochen worden. In der vom zweiten Referenten vorgelegenen Resolution wird besonders hervorgehoben, daß auch für die Privatgärtner nur eine starke zentrale Organisation als Interessenvertretung in Betracht kommen kann; es soll deshalb auf die Zusammenfassung der bis jetzt noch bestehenden lokalen Organisationen dieser Branche hingewirkt werden. Es soll den Mitgliedern derselben das Recht, besondere Sektionen zu bilden, eingeräumt werden. Auch soll zu geeigneter Zeit eine Konferenz der Privatgärtner einberufen werden. Denselben steht die Wahl der Beitragsklasse frei. Endlich ist ein besonderer Stellennachweis einzurichten. Die vom Referenten Kaiser im Sinne vorstehender Ausführungen gehaltene und empfohlene Resolution gelangt zur Annahme bis auf den Passus, welcher besagt, daß der Hauptvorstand mit dem Gemeindegewerksverband erneut in Unterhandlungen treten soll. Das lehnt die Generalversammlung ab, da sie sich von neuen Verhandlungen nichts verspricht.

ganisation. Von anderer Seite wird die Zweckmäßigkeit spezieller Zusammenkünfte der Ausländer — im Interesse der Ausländer — bestritten. Dieselben sollen mit den Arbeitern ihres Aufenthaltslandes denken und fühlen und dieselben verstehen lernen. Der Antrag Kofstock wird als verfrüht abgelehnt, desgleichen der schweizerische Antrag auf Errichtung eines internationalen Bureaus. Die ins Ausland reisenden Mitglieder werden verpflichtet, sich der zuständigen Landesorganisation anzuschließen. Weiter werden mehrere durch das B.-G.-V. bedingte Bestimmungen in das Statut aufgenommen. Die bisherige Bestimmung, daß die Sitzungsprotokolle des Hauptvorstandes in der Zeitung veröffentlicht werden, wird gestrichen. Bei den Vorbereitungen der Lohnbewegungen usw. werden die Befugnisse des Hauptvorstandes wesentlich erweitert. Ein früherer Beschluß, der allen Hauptvorstandsmitgliedern die Annahme von Verbandstagsmandaten unterlagte, wird eingeschränkt auf diejenigen, welche den Verband auf den Verbandstagen offiziell zu vertreten haben. Die Höchstzahl der in einem Jahre zu beanspruchenden Arbeitslosenmarken wird auf 20 festgesetzt. Die Karenzzeit für alle Unterstützungen beträgt mindestens 52 Wochen. Bei Entscheidungen über Einberufung außerordentlicher Generalversammlungen ist in Zukunft ein Gutachten der Bezirksvorstände einzuholen. Der in Dresden gefaßte Beschluß, wonach der Redakteur des Fachblattes zu den Gewerkschaftskongressen entsandt wird, wird aufgehoben. Eine Delegation zum internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongress wird abgelehnt. Zum Gewerkschaftskongress wird der Vorsitzende delegiert. Die Generalversammlungen sollen in Zukunft in Berlin stattfinden. Die beschlossenen Änderungen sollen am 1. Januar 1910 in Kraft treten. Als Vorsitzender wird Busch-Hamburg gewählt, als Redakteur Albrecht-Berlin. Im übrigen beschließt die Generalversammlung ihre Zuständigkeit für die Wahl aller anderen Beamten der Organisation.

Aus der holländischen Gewerkschaftsbewegung.

In letzter Zeit haben mehrere Generalversammlungen holländischer Verbände stattgefunden, von denen das Wichtige hier in Kürze mitgeteilt sei.

Die größte aller holländischen Gewerkschaften, der **Diamantarbeiterverband**, hielt seine Jahresversammlung in Amsterdam ab. Der Jahresbericht zeigt, wie fest und treu die Diamantarbeiter an ihrer Organisation hängt. Die Mitgliederzahl ist zwar von 8454 auf 8259 gesunken, indes ist dieser Rückgang ohne tiefere Bedeutung, denn der Verband umfaßt nahezu alle Organisationsfähigen; nur wenige Ausgeschlossene und einige christlich organisierte stehen außerhalb. Der Jahresbericht enthält eine eingehende Uebersicht über die Diamantproduktion und den Diamantenmarkt, sowie über die Aussichten der Industrie. Die Arbeitslosigkeit hat schwere finanzielle Opfer erfordert. Die Gesamteinnahme wird auf 344 244 Gulden, die Ausgabe auf 956 947 Gulden angegeben. Die Beiträge schwanken von 40 Ct. auf 1,50 Gulden und darüber pro Woche. Für Streiks wurden allein 248 078 Gulden und für Unterstützung der Arbeitslosen 376 834 Gulden verausgabt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Verbandsreserven dieser kolossalen Mehrbelastung gewachsen waren. Der Kassenbestand ist freilich auf 179 554 Gulden zurückgegangen. Die Beschlüsse der Jahresversammlung betrafen interne Organisationsfragen. Der Vorsitzende und Redakteur

Genosse S. Polat wurde ersucht, mehr als seither für die Arbeiter-Maisfeier und für die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts einzutreten.

Der **Buchdruckerverband** hielt seine Jahresversammlung im Haag ab. Seine Mitgliederzahl ist trotz der schlechten Konjunktur gestiegen; sie beträgt jetzt 3335. Dieser Verband, obwohl in seinen zentralistisch-gewerkschaftlichen Prinzipien den modernen Gewerkschaften nahestehend, gehört dem „Fachverband“ noch nicht an, da die streng neutrale Richtung in ihm noch überwiegt. Ein Anschließungsantrag wurde vom Verbandstag mit 55 gegen 22 Stimmen abgelehnt; dagegen mit 55 gegen 18 Stimmen der Vorstand aufgefordert, sich wegen des Anschlusses mit dem Vorstand des „Fachverbandes“ in Unterhandlung zu begeben. Danach dürfte der Anschluß nur noch eine Frage der Zeit sein. Ferner wurde die Durchführung eines Landes-Lohntarijs beschlossen.

Der **Metallarbeiterverband** hat nach seinem jüngsten Jahresbericht eine Mitgliederzahl von 1860 und eine Abnahme von 303 zu verzeichnen. Für Streiks verausgabte der Verband 2674 Gulden.

Der **Centralbund der Bauarbeiter** hielt seine Jahresversammlung in Arnheim ab. Diese Organisation, aus anarchistischen Vereinen hervorgegangen, hat sich unter schwierigen Verhältnissen erfolgreich entwickelt und zählt bereits in 34 Filialen 32 000 Mitglieder. Im Jahr 1908 hatte der Bund 72 Konflikte auszufechten, die größtenteils mit dem neuen Gesetz, betreffend die Arbeitsverträge im Zusammenhang standen. Erreicht wurden für 3070 Personen Lohnerhöhungen im Gesamtbetrage von 106 760 Gulden und Arbeitszeitverkürzungen von 201 000 Stunden (auf 30 Sommerwochen berechnet). Es wurde die Erhöhung des Wochenbeitrages um 1 Ct. beschlossen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Großstreik in Schweden.

Die fünfte Woche des schwedischen Niesenmieshandes hat ohne eine Veränderung der Situation begonnen. Die ausständigen Arbeitermassen haben, bis auf wenige Ausnahmen unter den Amorgantisierten, fest und die Entschlossenheit hat in ihren Reihen noch keine Einbuße gelitten. Selbst die unzuverlässigen offiziellen Zählungen haben nur eine Abnahme der „Arbeitslosen“ um 23 000 festzustellen vermocht, obgleich sich die Unternehmer, die die Angaben machen, wie auch zum Teil die Behörden, die diese Angaben einfordern, sich alle Mühe geben, die Zahl der Ausständigen zu verkleinern. Die bisherigen drei offiziellen Zählungen ergaben folgendes Resultat:

Am 9. August	285 762	„Arbeitslose“
„ 18. „	284 418	„
„ 26. „	255 668	„

Die zweite Zahl wurde inzwischen offiziell „korrigiert“. Man erklärte sie für zu hoch und soll sie nur 278 837 betragen haben, so daß zwischen dem 18. und 26. August insgesamt 23 129 „Arbeitslose“ zur Arbeit wieder zurückgekehrt sein sollen.

Nun ist aber die Art, in der diese offiziellen Zahlen gewonnen werden, geradezu ein Vorbild auf jede statistische Arbeit. Nicht etwa die ausständigen resp. ausgesperrten Arbeiter werden befragt oder festgestellt, sondern die Unternehmer gemeinsam mit den Polizeibehörden beschaffen Zahlen, die überhaupt keinen statistischen Wert haben. So hat man

beispielsweise nachträglich die Zahl der Ausständigen in Stockholm für den 18. August ganz willkürlich um 5800 herabgesetzt oder von 44 000 auf 38 241. Man erklärt, die höhere Zahl habe herabgesetzt werden müssen, denn sie sei vom Landessekretariat der Gewerkschaften angegeben und nachträglich als „zu hoch“ angenommen worden. Nun hat aber weder das Landessekretariat der Gewerkschaften noch sonst eine Instanz der Arbeiterorganisationen irgend welche Angaben für diese amtlichen Zählungen gemacht. Die Zahlen sind also derart willkürlich zusammengemacht worden, daß man nachher nicht einmal weiß, woher sie stammen!

Eine Polizeibehörde in Nordschweden war so eifrig mitzuteilen, daß alle von den Unternehmern als „entlassen“ gemeldeten Arbeiter nicht als „Arbeitslose“ gezählt wurden. Was wäre da einfacher, als daß die schwedischen Unternehmer sämtliche bei ihnen beschäftigt gewesenen Arbeiter entlassen; die offizielle Statistik würde dann sofort feststellen können, daß der Ausstand überhaupt beendet sei! Natürlich würde diese „Feststellung“ der Behörden nichts daran ändern, daß im Lande zirka 300 000 Ausständige und Ausgesperrte vorhanden sind, und daß die ganze industrielle Erwerbsarbeit eingestellt ist.

Die Industriellen und ihre Presse haben nichts unversucht gelassen, die Arbeiter wandelmützig zu machen. Das öffentliche Leben Schwedens hat in diesen Tagen des großen Kampfes eine Korruption erlebt, wie nie zuvor. Die Lügen und Verdrehungen der bürgerlichen Presseorgane Schwedens, soweit sie erscheinen, haben in dieser Beziehung Ungeheures geleistet, und der bekannte deutsche Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erscheint selbst in seinen besten Leistungen während der Wahlen demgegenüber noch beinahe als ein Waisenknaube. Es scheint, als ob die Blätter die Verminderung ihres Umfanges durch die Quantität ihrer Lügennachrichten wettmachen wollen.

An dieser Verrenkung der Tatsachen hat sich auch die schwedische Regierung beteiligt. Sie hat in dem offiziellen Staatsorgan eine offizielle Darstellung des Kampfes gegeben, die nachher „eränzt“ in deutscher Sprache erschienen ist und teils durch die Konsulate, teils direkt an die deutsche Presse verhandelt worden ist. In dieser Darstellung bemüht man sich um den Nachweis, daß es die Arbeiter sind, die den jetzigen Kampf teils durch ihre stetig geäußerten Ansprüche, teils durch ihre sozialistische Feindschaft gegen den Unternehmer als „Organ des Kapitalismus“ verschuldet haben. Die Motivierung dieser Behauptungen ist tölpelhaft. Auch die volkswirtschaftliche Auffassung, die in dem Schriftstück zur Verübung der deutschen Finanzkreise zutage gefördert wird, ist ungemein albern. Trotz eines wochenlangen Stillstehens der schwedischen Produktion, trotzdem anerkannt werden muß, daß sowohl die Arbeiter als auch die einzelnen Unternehmer fühlbare Verluste erlitten haben, soll die schwedische Volkswirtschaft, besonders auch in ihrem Verhältnis zum Auslande, nicht weiter beeinflusst worden sein. Die offizielle Denkschrift bringt es sogar fertig, die Lohnerniedrigung der Arbeiter als einen Gewinn der Unternehmer darzustellen, wie sie auch den Produktionsausfall durch eine entsprechende Einschränkung des Konsums neutralisieren läßt. Diese „Theorien“ sind wirklich zu dumm, um ernsthaft diskutiert werden zu können. Bezeichnend ist auch, daß der größere Teil der uns zu Gesicht gekommenen deutschen Blätter, die von der offiziellen Darstellung Notiz

genommen haben, diesen Teil ihren Lesern nicht vorzulesen wagte. Die volkswirtschaftlichen Menatnisse des deutschen Lesepublikums reichen immerhin so weit, daß man ihm die Einschränkung des Konsums nicht als einen volkswirtschaftlichen Gewinn im modernen Erwerbsleben vorflunkern kann.

Die „Frankf. Ztg.“ hat durch ihren nach Stockholm entsandten Korrespondenten festgestellt, daß diese offizielle Darstellung der schwedischen Regierung — als solche bringt sie u. a. auch die „Arbeitsgeberzeitung“ des Herrn v. Reiswitz — eine **verbandsoffizielle** Drucksache des Schwedischen Arbeitgebervereins ist. Das ist so ziemlich das Ungeheuerlichste, das bisher in einem wirtschaftlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit an Parteinahme einer Regierung für das Unternehmertum verzeichnet werden mußte. Der Unternehmerverband, der soeben eine gewaltige Aussperrung von Arbeitern vornahm und mit der weiteren Aussperrung sämtlicher Arbeiter des Landes, soweit sie in seinem Rahmen beschäftigt waren, droht, läßt offiziös eine Drucksache verbreiten, die den offiziellen Stempel der schwedischen Regierung trägt. Im politischen Leben ist es ja üblich, daß Regierungen manchmal gewöhnliche Sensationsblätter zur Verbreitung offiziöser Nachrichten verwenden. Daß eine Unternehmerorganisation sich in gleicher Weise einer Staatsregierung bedienen kann, war bisher noch nicht da.

Für die Druckschrift bezeichnend ist, daß die Abteilung für Arbeitsstatistik des kgl. Kommerzollregiments durch das schwedische Telegrammbureau sich von dem Verdacht der Verfälschung reinigt. Das Amt lehnt kurz und bündig die Verfälschung dieser „Denkschrift“ ab.

Die schwedische Regierung ist durch diese und viele andere Maßnahmen als eine Institution der Centralen des Schwedischen Arbeitgebervereins gebrandmarkt. Daher lehnt sie auch einstweilen noch jede Vermittlung ab, obgleich der von ihr eingesezte offizielle Vermittler bereits am 19. August den Moment für eine friedliche Vermittlung als gegeben erachtete. Auch das ist jedenfalls ein Novum. Der betreffende offizielle Vermittler, der auf Grund des am 1. Januar 1907 in Kraft getretenen Gesetzes sein Amt verwaltet, erklärt am 19. August der Regierung den Moment für ein vermittelndes Eingreifen für gegeben. Die Regierung aber läßt seine Eingabe unberücksichtigt, eine Vermittlung erfolgte nicht.

Diese Haltung der Regierung steht in schroffem Widerspruch mit dem genannten Gesetz, das unter dem gleichen Ministerium in Kraft getreten ist. Denn dieses Gesetz verlangt unzweideutig, daß nichts unversucht gelassen werden darf, um zu jeder Zeit eine Vermittlung in Arbeitskonflikten herbeizuführen. Der Vergleichsbeamte kann sogar nach § 3 des Gesetzes auf eigene Initiative hin eine Kommission ernennen, die mit ihm gemeinsam eine Beilegung des Konflikts versuchen soll. Kein einziger Paragraph des Gesetzes gibt der Regierung auch nur die leiseste Handhabe, so zu verfahren, wie geschehen. Nur dem König persönlich steht es zu, eine bestimmte Person auch außerhalb des Kreises der Vergleichsbeamten, oder einen von diesen, in besonderen Fällen mit der Vermittlung zu betrauen. Aber selbst wenn man den König mit der kgl. Regierung identifizieren will, so gibt das Gesetz in keinem Falle der Regierung das Recht, den Vergleichsbeamten in seiner Tätigkeit zu behindern. Er ist vielmehr zunächst durch § 1 des Gesetzes, sodann

Kartelle und Sekretariate.

Aus den örtlichen Kartellen.

Zerbst. Die hiesige Centralherberge ist infolge von Differenzen mit der dortigen Wirtin aufgehoben. Den reisenden Genossen wird empfohlen, bis auf weiteres die „Herberge zur Heimat“, Brüdertstraße, zu benutzen. **Das Gewerkschaftskartell.**

Aus den Arbeiterssekretariaten.

In das Dortmunder Arbeiterssekretariat wurde Genosse Schneider aus Lübeck als erster Sekretär gewählt.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat August 1909 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. der Gärtner 4. Qu. 1908 u. 1. u. 2. Qu. 1909	403,60 Mk.
„ „ Portefeuille 4. Qu. 1908. u. 1. u. 2. Qu. 1909	370,— „
„ „ Kupferschmiede 1. Qu. 1909	145,44 „
„ „ Porzellanarbeiter 1. Qu. 1909	435,96 „
„ „ Fabrikarbeiter 1. Qu. 1909	4412,— „
„ „ Zimmerer 1. Qu. 1909	3000,— „
„ „ Textilarbeiter 1. Qu. 1909	3414,— „
„ „ Hafenarbeiter 1. u. 2. Qu. 1909	2000,— „
„ „ Bureauangestellten 1. und 2. Qu. 1909	354,16 „
„ „ Steinarbeiter 2. Qu. 1909	475,18 „
„ „ Schiffszimmerer 2. Qu. 1909	158,— „
„ „ Handlungsgehilfen 2. Qu. 1909	306,10 „
„ „ Sattler 2. Qu. 1909	252,— „

An **Unterstützungsgeldern** für den allgemeinen Ausstand in Schweden gingen ein in der Zeit vom 22. bis 28. August 1909:

a) Von den Vorständen der Centralverbände:

Alphalteure 100,—, Gutmacher 7. internationaler Kongress 500,—, Lagerhalter 300,—, Bauarbeiter 1161,50, Tabakarbeiter 3000,—, Bureauangestellten 500,—, Metallarbeiter 15 000,—, Holzarbeiter 20 000,—, Schmiede 500,—, Kürschner 500,—, Zimmerer 2500,—, Kupferschmiede 500,—, Seelente 1000,—, Sattler und Portefeuille 500,—, Steinarbeiter 500,— Mk.

b) Von den Gewerkschaftskartellen:

Glauchau 75,—, Zeitz 600,—, Ruhla 30,—, Vernsburg 140,—, Heidelberg 200,—, Wehlar 63,— (darunter von der Partei 30,—), Kassel 500,—, Stuttgart 1600,—, Altenburg (S.-A.) 750,—, Brunsbüttelkoog 50,—, Pippstadt 38,70, Kirchhain (R.-L.) 41,25, Schönberg i. M. 7,45, Anklam 49,—, Frankenthal (Pfalz) 165,—, Baden-Baden 100,—, Frankfurt a. M. 400,—, Bant-Wilhelmshaven 400,—, Kiel 5600,—, Webel i. Holst. 100,—, Landshut i. B. 163,60, Mustru (C.-L.) 100,—, Sebnitz i. S. 150,—, Hagen i. B. 350,—, Dresden 5600,—, Mannheim 700,—, Köln am Rhein 2400,—, Waldenburg i. Schl. 500,—, Neufelwit 100,—, Chemnitz 1427,40, Eßlingen 100,—, Neugersdorf i. S. 50,—, Guskirchen (Rhd.) 70,—, Weiden 25,—, Badnang 81,—, Neuwied 58,50, Lüttrode a. S. 100,—, Grünberg i. Schl. 150,—, Friedrichsroda 51,—, Bunzlau 10,90, Hamburg 14 400,—, Berlin 34 000,—, Strassburg (U.-M.) 50,10, Eisenach 20,—, Feuerbach 170,—, Mühlhausen

i. Elj. 200,—, Hocht a. M. 100,—, Illm a. D. 100,—, Schwenningen i. Württbg. 20,—, Guben 379,10, Helzen 50,—, Döbeln i. S. 223,50, Halle a. S. 1134,13, Leisnig 95,—, Gotha 400,—, Stendal 155,15, Schwedt a. D. 20,—, Roffen 55,—, Dessau 100,—, Mainz 100,—, Rheine i. B. 50,—, Greiz i. B. 50,—, Wittenberg (Bez. Halle) 130,—, Erfurt 800,—, Barel i. Elbga. 117,45, Telsnig i. B. 10,—, Sameln 93,80, Reichenbach i. Schl. 53,50, Braunichweig 1300,—, Löwenberg i. Schl. 50,—, Güntrow 50,—, Lidesloe 147,—, Parchim i. M. 52,15, Elmshorn 400,—, Kirchberg i. S. 70,10, Gera (Neuh.) 400,—, Nürnberg 1000,—, Freiberg i. S. 50,—, Senftenberg i. Laußig 20,—, Hannover 3000,—, Göttingen 100,—, Leer (Ostfr.) 65,—, Götznitz 63,—, Duisburg 300,—, Bielefeld 1000,—, Limbach i. S. 339,37, Seeburg 27,15, Vanreuth 100,45, Wiesbaden 500,—, Siegen 100,—, Malchin i. M. 63,75, Velten i. Mark 75,—, Viebrich a. Rh. 30,—, Gummersbach 30,—, Kuppersteig (Rhd.) 190,—, Wesel 30,—, Schneidemühl 34,50, Lüneburg 200,—, Glückstadt 50,—, Hermsdorf (S.-A.) 102,65, Plauenscher Grund 900,—, Schkeuditz 30,—, Luckenwalde 300,—, Nienstedten-Blankeneje 50,—, Elberfeld 750,—, Meissen 350,—, Bamberg 120,—, Potsdam 100,—, Reibitz 350,—, Düsseldorf 2050,—, Apolda 50,—, Schöningen 65,—, Bergedorf 325,—, Mügeln i. S. 850,—, Lauenburg a. E. 30,—, Zabrze (C.-Schl.) 25,—, Rawitsch 31,—, Osterwied a. Harz 20,—, Annaberg i. Erzg. 35,—, Tiljit 50,—, Ludz (S.-A.) 50,—, Stafffurt 50,—, Neumünster 500,—, Darburg a. E. 800,—, Schiffbet-Steinbeck 300,—, Neuhaldensleben 92,—, Thorn 20,—, Jaitrow 20,—, Varmen 1200,—, Sonneberg (S.-M.) 50,—, Bad Reichenhall 130,—, Saarbrücken 100,—, Torgau 49,25, Arefeld 314,75, Kulmbach 80,—, Marktredwitz 58,—, Lüthchen 40,—, Brandenburg a. S. 800,—, Bochum 135,—, Schorndorf 22,—, Döhr 50,—, Darmstadt 800,—, Worms a. Rh. 100,75, Gießen 181,25, Chrdruf 50,—, Vuer i. B. 60,—, Starnberg i. B. 50,—, Ludwigsburg 30,—, Kaiserslautern 82,50, Waldshut 20,—, Grofährsdorf 60,—, Breslau 900,—, Halberstadt 200,—, Augsburg 400,—, Delitzsch 50,—, Wida 98,50, Minden 100,—, Neuruppin 68,75, Elbing 100,—, Frankenberg i. S. 158,—, Cottbus 200,—, Magdeburg 2400,—, Rowaves 68,80, Schleswig 75,—, Weifsenfels 160,—, Raumburg a. S. 20,—, Bremen 3200,—, Königsutter 50,—, Osna-brück 299,16, Zirndorf 20,—, Hanau a. M. 200,—, Münster 45,—, Emmerich 80,—, Königsberg i. Pr. 700,—, Betzdorf 10,—, Zuffenhausen 50,—, Weislingen a. St. 77,—, Tirschenreuth 50,—, Ederaförde 50,—, Würzburg 100,—, Eßterwerda 20,—, Jena 700,—, Kaufbeuren 25,—, Eschersleben 34,90, Großbreitenbach i. Th. 25,45, Emden 200,—, Goldberg i. Schlesien 30,—, Grabow i. M. 80,—, Lichtenstein-C. 100,—, Langenöls 100,—, Quedlinburg 64,20, Weithain 40,—, Leipzig 4000,—, Solingen 124,45, Markneukirchen 15,—, Hof i. B. 100,—, Paderborn 32,65, Bransche 50,—, Pünen 25,—, Altena-Werdbohl 82,—, Aachen 300,—, Soest i. B. 30,—, Detmold 60,—, Wehlis i. Th. 23,55, Heidingsfeld 30,—, Strahburg i. Elsaß 300,—, Oshatz 91,—, Pirna 400,—, Hartha i. Sachsen 100,—, Aue i. Erzg. 140,80, Stadtilm 15,—, Husum 41,60, Stade 60,40, Oberlugaewitz 200,—, Briesg (Bez. Breslau) 50,—, Zwidau i. S. 500,— Mk.

c) Von den Ortsverwaltungen der Centralverbände:

Bildhauer: Osbernau 8,— Mk. **Buchdrucker:** Gräfenhainichen 47,50, Gau Mecklenburg-Lübeck 100,—, Schwerin i. M. 75,—, Husum 10,—, Zwi-brücken 19,80, Regensburg 30,—, Pirmasens 20,—,

aber durch die meisten übrigen Paragraphen direkt verpflichtet, zu jeder ihm passend erscheinenden Zeit für die Beilegung entstandener Konflikte zu wirken. Hier muß also festgestellt werden, daß die schwedische Regierung im Widerspruch mit dem deutlichen Sinn und Wortlaut des Gesetzes den offiziellen Vermittler an der Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten gehindert hat.

Die Ursache dieser geschwichtigen Haltung der Regierung ist darin zu suchen, daß diese sich vollständig im Schlepptau jener kleinen aber mächtigen Sippe befindet, die den ausschlaggebenden Einfluß im Schwedischen Arbeitgeberverein hat. Die Zelluloseindustriellen verlieren an dem Kampfe nicht viel. Die Depression auf dem Markte der Zellstoffe beeinflusst die Preisbildung ungünstig, die Zelluloseindustriellen wollen daher durch die Stilllegung der Betriebe eine künftige Preistreiberei vorbereiten. Zu gleicher Zeit hoffen sie, durch die große Aussperrung die Gewerkschaften an die Wand zu drücken und die Löhne nach eigenem Ermessen festzusetzen. Die Satzungen der Unternehmerorganisation und die durch Akzente vorgesehene Konventionalstrafen zwingen die übrige Industrie, ihnen in diesem Verhalten willfährig zu sein. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in einwandfreier Weise diesen Knoten entwirrt. Nur eine kleine aber kapitalkräftige Clique hat also an diesem Kampfe Interesse, der die schwedische Volkswohlfahrt hunderte Millionen Kronen kostet und dessen Folgen in absehbarer Zeit nicht gutgemacht werden können.

Im Schlepptau dieser Clique befindet sich die Regierung. Vergeblich rufen große Teile des Bürgertums nach der Aufgabe der Passivität der Regierung. Vergeblich verlangt die stärkste Partei der Zweiten Kammer des Reichstages, die liberale Partei, die Vermittlung der Regierung. Vergeblich verlangt der staatliche Vergleichsbeamte, obgleich gesetzlich dazu verpflichtet, daß eingegriffen wird.

Das ist die Signatur des erbittertsten Klassenkampfes.

Die Arbeiterschaft selbst verlangte bisher nicht nach der Vermittlung der Regierung. Sie ist noch imstande, den Kampf weiter zu führen und sie hat für die weitere Kampfführung noch verschiedene Wege offen. Sie kann eventuell die Zahl der Kämpfenden verringern, ohne die Wucht der Abwehr des Angriffs der Zelluloseindustriellen abzuschwächen. Damit sind ihre Mittel indes nicht erschöpft. Schon das Gerücht, die Streikleitung beabsichtige, alle mit ihr sympathisierenden Kreise zur Abhebung ihrer Bankguthaben bezw. Spargelder aufzufordern, hat nach den Zeitungsmeldungen große Bestürzung unter den Finanzleuten hervorgerufen.

Aber auch darin zeigt sich, im ganzen betrachtet, die nunmehr einsehende Schwäche der Unternehmerposition, daß ihre Presse die schärfsten Mittel in Anwendung bringt, um die Entschlossenheit der Arbeiter zu brechen. Das Unternehmerorgan „Stockholms Dagblad“ läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten telegraphieren, die deutschen Arbeiter betrachten die Lage ihrer schwedischen Genossen als hoffnungslos und werden daher keine weiteren Unterstützungen senden. Diese Behauptung ist direkt aus der Luft gegriffen, was wir kaum erst festzustellen brauchen. Die deutsche Arbeiterschaft hat gerade in diesem Kampfe trotz der wirtschaftlichen Krise ihre internationale Solidarität in erfreulicher Weise bekundet. Und solange nicht die Generalkommission die Ar-

beiterschaft zur Einstellung der Sammlungen aufgefordert hat, ist es selbstverständlich, daß sie in bisheriger Weise fortgesetzt werden.

Wohl aber dürfte jene Schwindelnachricht des löblichen Unternehmerorgans in Stockholm die deutsche Arbeiterschaft veranlassen, die Sammlungen noch intensiver zu betreiben. Wenn jemals bei einem ausländischen Kampfe die Kämpfenden sich der Sympathie der deutschen Arbeiter verdient gemacht haben, so diesmal die Schweden.

Arbeiterversicherung.

Gemeinsame Ortskrankenkasse in Arheilgen.

Dem unermüdlchen Drängen des Gewerkschaftsartikels ist es gelungen, trotz Widerstandes der Arbeitgeber und des Kreisamtes die Errichtung einer gemeinsamen Ortskrankenkasse durchzusetzen, die am 1. Oktober in Kraft tritt.

Gewerbegerichtliches.

Wahlen.

Im Landkreis Hannover wurden zum erstenmal in allen Bezirken die Kandidaten der freien Gewerkschaften gewählt, die 322 gegen 87 christliche Stimmen erhielten.

Polizei, Justiz.

Sind Gewerkschaften Versicherungsanstalten?

In eigentümlichem Zusammenhange mußte diese alte Rechtsfrage, die schon längst keine „Frage“ mehr ist, aufs neue entschieden werden. Die Berliner Innungsrankenkasse der Schmiede suchte ihr freiwilliges Mitglied, den Gewerkschaftsbeamten W. Sie- ring, loszuwerden, und focht dessen Recht freiwilliger Weiterversicherung an mit der Begründung, S. sei Angestellter einer Versicherungsanstalt und daher bei der Ortskrankenkasse für Bureauangestellte versicherungspflichtig. Der Magistrat Berlin entschied gleichfalls in diesem Sinne und das Amtsgericht Berlin-Mitte schloß sich dieser Entscheidung an durch Verwerfung der Klage des S. —

Das Landgericht Berlin I hob die magistratische Entscheidung auf und stellte die Mitgliedschaft des S. als zu Recht bestehend fest. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt: Zum Wesen der Versicherung gehört es, daß der Versicherer im Falle des Eintritts bestimmter Ereignisse dem Versicherungsnehmer zur Schadenshaltung verpflichtet ist, und daß der Versicherte einen Anspruch auf Unterstützung hat. Nach dem vom Kläger vorgelegten Statut des Centralverbandes (der Schmiede) besteht ein derartiger Anspruch nicht. Demnach ist der Centralverband keine Versicherungsanstalt im Sinne des § 12a des Krankenversicherungsgesetzes und die Beschäftigung des Klägers bei diesem Verbande steht seiner freiwilligen Mitgliedschaft bei der Beklagten (Innungsrankenkasse) nicht entgegen.